

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

Abonnementspreis pro Monat inkl. Bringerlohn 70 Pfg., bei Selbstabholung 60 Pfg.; mit der illustrierten Wochenbeilage „Neue Welt“ inkl. Bringerlohn 80 Pfg., bei Selbstabholung 70 Pfg. — Durch die Post bezogen (Postzeitungsliste Nr. 4527) vierteljährlich 2,10 Mk., für 2 Monate 1,40 Mk., für 1 Monat 70 Pfg. zzgl. Postgebühren.

Redaktion: Tautzstr. 19/21.
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung, Leipzig.
Telephon 2721.
Sprechstunde: 6—7 Uhr abends.

Inserate werden die 5spaltige Zeile oder deren Raum mit 25 Pfg., für Gewerkschaften, politische und gemeinnützige Vereine mit 20 Pfg. berechnet. Schwieriger Satz nach höherem Tarif. — Der Betrag ist im voraus zu bezahlen. — Schluß der Annahme von Inseraten für die nächste Nummer früh 9 Uhr. — Aufgegebene Inserate können nicht wieder zurückgezogen werden.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag und Expedition: Tautzstr. 19/21. Geschäftszeit 8—12 und 2—7 Uhr, Sonn- und Feiertags geschlossen.

Vom Sprachkrieg in Oesterreich.

* Leipzig, 11. Februar.

Aus Wien schreibt unser p. h.-Mitarbeiter vom 9. Februar:

Wenn ein Krieg, besonders ein Bürgerkrieg, lange dauert, wenn er von einer Generation der anderen als politisches Erbe überlassen wird, so daß bereits die Schulkinder Partei ergreifen und die Waffen führen, so muß unvermeidlich ein Zeitpunkt kommen, wo alle Leute nur mehr einen Wunsch kennen, den Frieden, einen Wunsch, dessen Erfüllung ihnen höher steht, als die Gewährung der ursprünglichen, im Kampfe längst vergessenen Forderungen und die Erringung der Rechte, für die einst, vor vielen Jahren, die Väter und Großväter die Waffen erhoben haben. Diese allgemeine Ermüdung und Erschlaffung schafft dann den Frieden mit zwingender Gewalt. Das Land ist zu arm geworden, um den Krieg zu ertragen. Oesterreich ist nun thatsächlich zu arm geworden, zu weit hinter allen anderen Kulturländern wirtschaftlich zurückgeblieben, als daß es nicht endlich auch seinen Westfälischen Frieden haben müßte. Die Merkmale der Ermüdung wenigstens beginnen sich langsam auch bei den kriegsführenden Parteien bemerkbar zu machen. Zunächst ist eine kleine Kräfteverschiebung zu konstatieren: die Deutsch-Österreicher, die bisher zumeist im Kampfe zwischen Deutschen und Tschechen sich auf die Seite der letzteren stellten, stimmten neulich bei einem nationalunstrittenen Budgetposten betreffend das Gymnasium in Cisleithen mit den übrigen deutschen Parteien zusammen. Und neben dieser Kräfteverschiebung noch eine merkwürdige Thatsache: keine Nation kann ihre Friedensbedingungen formulieren. Die deutsch-tschechische Verständigungskonferenz, die ja, obwohl es von ihr jetzt ziemlich still geworden ist, bald kommen muß, und zwar, wenn die Volksinteressen nicht zum Teufel gehen sollen, noch vor den Ausgleichsverhandlungen mit Ungarn, findet kein Schriftstück vor, in dem die Forderungen, zwischen denen zu vermitteln ist, klar aufgestellt sind und keinen Menschen, der die Vollmacht hätte, im Namen irgend eines Volkes zu unterhandeln. Die tschechische Partei im Abgeordnetenhaus ist mit ihrem Exekutivkomitee in Prag, der Vertreterschaft der Wahlbezirke, in Konflikt geraten, und bei den Deutschen macht sich ein starker Gegensatz zwischen den sogenannten Alpen-Deutschen und den Sudetendeutschen geltend, der sogar am Bestand der stärksten deutschen Partei, der deutschen Volkspartei, rüttelt. Trotzdem ist heute jene härenhafte Kampfesweise verschwunden, die um eines einzigen Nachtwächterpostens willen das ganze Parlament zusammenzureißen im Stande war.

Der Sprachkrieg ist ja nur eine Seite des Kampfes um die Expansion der verschiedenen Volksstämme innerhalb

eines Staatsgebietes, nämlich der Kampf um die Sprache, um eine Sprache in Schule und Amt. Wenn nun den kleinen Nationen, den Tschechen, Polen, Slowenen u., die deutsche Sprache als Unterrichtssprache aufgedrungen würde, wenn niemand in seiner Sprache Recht fände oder ein Vergehen bei einer Behörde vorbringen könnte, wenn mit einem Worte die deutsche Sprache bei uns die Stellung hätte, die die ungarische Sprache in dem der Majorität nach nicht von Ungarn, sondern von Rumänen, Deutschen und Slowen bewohnten Ungarn, so brauchte man sich über die Erbitterung des Kampfes nicht zu verwundern, und auch sein Ausgang wäre nicht zweifelhaft. Eine Entnationalisierung in großem Stil kann heute von niemandem und nirgendwo durchgeführt werden. Aber es giebt heute überall national-sprachliche Volks- und Bürgerschulen und, wo die betreffende Nationalkultur es erfordert und überhaupt ermöglicht, auch nationale Mittelschulen und Hochschulen jeder Art. Auch das Gericht und jedes sonstige Amt, insoweit der Staatsbürger überhaupt regelmäßig mit ihm zu thun hat, verkehrt mit jedem in seiner Muttersprache. Die deutsche Sprache hat heute, abgesehen von ihrer Stellung als Muttersprache der Deutsch-Österreicher, politisch und staatsrechtlich keine andere Bedeutung, als daß sie die verwaltungstechnisch unbedingt erforderliche Verkehrssprache zwischen den Behörden zweiter Instanz und den Landesbehörden einerseits und den Centralstellen in Wien andererseits herstellt. Und ihre kulturelle Bedeutung können doch die Slawen auch durch den größten Enttäuschungsstempel nicht aus der Welt schaffen, ganz abgesehen davon, daß dieses Moment politisch nicht faßbar ist. Der einzige streitige Punkt ist die sogenannte innere Amtssprache, d. h. die Sprache, in der die Beamten einer Behörde untereinander dienstlich verkehren. Man getraut sich gar nicht, diese „Frage“ für ausländische Leser darzustellen. Denn nur bei uns kann die Rücksichtlichkeit nicht töten, über eine solche Lappalie parlamentarische Kriegstänze aufzuführen.

Das wirkliche und in der Natur der Sache begründete Interesse an der Sprache in Schule und Amt ist also kein ausreichender Grund zum Sprachkrieg. Die Sprachfrage reizt zum Kampfe nur auf als Symbol. So oft eine an Zahl kleine Bevölkerungsschicht krasse Interessenpolitik treibt, geht ihr eifrigstes Bestreben dahin, diese Interessen zu verhüllen und zu verschleiern. Der Sprachkrieg, so wie er nun seit vielen Jahren bei uns geführt wird, ist aber zum großen Teil, wenn man von der gegenseitigen Antipathie verschiedener Nationen gegeneinander absieht, nichts anderes als die Interessenpolitik derjenigen, die vom Amte leben; dieser Kampf wird fast ausschließlich geführt von den Deutschen, für die es nie genug deutsche Richterstellen, und von den Tschechen, für die es nie genug tschechische Bezirkshauptmannschaften geben kann. Als große

Heeresmacht hinter diesen Leuten, die den nationalen Kampf nicht mehr als Kampf um bestimmte Forderungen führen, sondern die den Krieg als ihren Lebensunterhalt betrachten, stehen die bäuerlichen und kleingewerblichen Schichten. Die Großindustrie aber, die bei uns noch zu schwach ist, um parlamentarisch selbständig vorgehen zu können, und in selbstbewußten Unternehmerdünkel diejenigen, die in gewissen Sinne ihre wirtschaftspolitischen Bundesgenossen sind, die Industriearbeiter, als politisch gleichberechtigt nicht anerkennen will, muß jene sie selbst bedrohende nationale Demagogie wenigstens indirekt unterstützen, um wirtschaftlich nicht allzu sehr geschädigt zu werden. Aus diesen bunten und schätlichen Flicken wird dann von irgend einem politischen Romantiker, denn Romantiker waren alle die großen Parteiführer, die unsere noch heute bestehenden nationalen und staatsrechtlichen Parteien vor Jahren und zum Teil Jahrzehnten begründeten, die Fahne des nationalen Kampfes, der für die „nationale Ehre“ geführt wird, zusammengestrickelt. Die Handwurste sind zum Teil schon abgeschminkt und die Sänger der nationalen Ehre sind schon recht hohler geworden.

Das ökonomische Gewissen beginnt zu erwachen. Die Menschen werden immer weniger geneigt, sich erst von den Bewerbern um das Amt als wunderbares, großmächtiges Volk die Hand küssen zu lassen, um dann von demselben Amtsjäger, wenn er in der Pfunde sitzt, sich geschuhrtelgelt und seine Interessen verraten zu sehen. Dazu kommt das Erstarken der Arbeiterklasse. Die Arbeiter sehen ihr nationales Interesse in den allermeisten Fällen gewahrt, haben übrigens durchwegs einen großen Nutzen von der Kenntnis der deutschen Sprache. Tausende tschechischer und slowenischer Arbeiter sind während der letzten Hochkonjunktur nach Deutschland gewandert. Aber ihre wachsende Macht hat formal politisch noch keinen Ausdruck gefunden. Sie sind noch immer in den Käfig eines Wahlrechts gesperrt, das überhaupt höchstens in Wien und den dichtesten Industriegegenden einen geringen Wert für sie hat. Das „Kalendarium“, bei dessen Einhaltung sich die nächste Zukunft Oesterreichs besser stellen wird als seine jüngste Vergangenheit, muß lauten: erst Erweiterung des Wahlrechtes, dann Auseinandersetzung zwischen Deutschen und Tschechen, Deutschen und Slowenen. Der große Kampf zwischen Germanen und Slawen wird gewiß nicht im österreichischen Parlament entschieden werden. Aber dazu muß es kommen, daß die Slawen die großen Vorteile anerkennen, die ihnen aus dem Zusammenleben in einem Staatsverband mit den Deutschen entspringen, während die Deutschen den Gedanken Bismarcks durchdenken lernen müssen, daß die Deutschen in

Seuiletton.

Handelt verboten.

Die leibhaftige Bosheit.

Roman von Gustav Wied.

Einsig berechtigte Uebersetzung aus dem Dänischen von Mathilde Mann.

„Manuel! Manuel!“ jammerte die Alte — „Bist Du krank geworden, Manuel —“ Sie packte ihn in ihrer Verzweiflung an der Schulter und schüttelte ihn. „Sag mir doch, was Dir fehlt, lieber Manuel! Soll ich zum Doktor laufen?“

Manuel schlug die Augen auf und sah sich verwirrt um.

„Ach Gott, ach Gott!“ stöhnte er. — „ach Gott, ach Gott im hohen Himmel! Und ich bin mit ihm ins Gericht gegangen! — Bete, Mutter Karen, bete! Danke Gott dem Allmächtigen auf Deinen Knien!“

„Lieber Manuel! lieber Manuel —“ daß es ein solches Ende nehmen würde, daß es ein solches Ende nehmen würde!“

Emmanuel hatte sich vom Sofa herabgleiten lassen. Und indem er seine Hände faltete und sie zu der niedrigen Decke erhob, betete er mit einer sonderbar gellenden Stimme, die voller Gewissensbisse und Neue war, durch die aber auch zugleich die seltsame Freude hindurchklang:

„Ach lieber Gott, lieber Gott, wie soll man dir doch danken und dich preisen ob deiner großen Güte und Barmherzigkeit! Wie soll man dich deinen Namen in alle Ewigkeit lobsingeln? — Man ist dessen nicht wert! Nein, nein, — er war ja besser nicht wert, zu lieber Gott! Dein

himmlischer Name soll Tag und Nacht von meinen Lippen tönen, weil du mir und meiner alten Mutter, die dir in ihrem Herzen lobsingelt, so viel Liebe erwiesen hast. — Ach, du lieber Gott und Schöpfer, sei einem nicht böse, wenn man auch zuweilen gegen deinen Willen gemurrt hat! Aber es währte ja so lange, bis du deine himmlische Macht zeigtest, und man ist ja nur ein schwaches, elendes Menschenkind, das deine Wege und Stege nicht kennt! — Herr, Herr, hab Dank! hab Dank! — Und nun kommst du und sammelst glühende Kohlen auf eines Haupte! — Aber siehe, siehe, man liegt zu deinen Füßen und erhebt seine schwachen Hände zu deinem Antlitz aus innerster Seele, um dir für deine große Gnade zu danken! Herr, Herr!

Lobe den Herrn, meine Seele,
Ich will dich loben bis in den Tod!
Weil ich noch Stunden auf Erden zähle,
Will ich lobsingeln meinem Gott!

Amen, Amen, Amen in Jesu Namen!“

Thomsen schlug die Hände vor das Gesicht und warf sich wie in Krämpfen auf das Sofa.

Mutter Karen war starr vor Entsetzen.

„Manuel, Manuel!“ wiederholte sie unaufhörlich — „Lieber Manuel, lieber Manuel, was hast Du nur? Was hast Du nur einmal? Soll ich zum Doktor laufen?“

Aber Manuel hörte sich nicht.

Da erkante die Ladenglocke.

„Da ist jemand, Manuel! Da kommt jemand! In Jesu heiligem Namen!“

Thomsen erhob sich schnell und strich sich mit der Hand über das Gesicht.

„Geh! Geh hinaus!“ sagte er.

„Ja, aber —“

„Geh nur! Geh hinaus!“

„Ja — ja!“

Raum war die Mutter zur Thür hinaus, als Manuel nach der Zeitung griff.

„Ja, da stand es: 28 811 — — 50 000! — —“ Du guter, lieber, gnädiger Gott! Du guter, lieber, gnädiger Gott: fünfzigtausend Kronen! — — Bier in fünfzig, wie viel ist denn das?“

Er holte in fieberhafter Erregung einen kleinen Bleistiftstummel aus der Westentasche und schrieb ein Rechenexempel auf den Rand der Zeitung:

„Bier in fünf geht einmal und eins im Sinn — — Bier in zehn geht zweimal, und zwei im Sinn — — Bier in zwanzig geht fünfmal, zwei Nullen angehängt — — zwölftausend und fünf-hundert! Zwölftausend und fünf-hundert!“

— — Mutter!“

Madam Thomsen kam hereingestürzt. Sie glaubte, der Junge läge in den letzten Zügen. Als sie ihn aber ganz lebendig und aufrecht mitten im Zimmer stehen sah, schloß sie die Thür und sagte:

„Die Kunden sind noch da —“

Manuel aber ergriff ihre Hand und zog sie an sich: „Man ist schlecht gegen Dich gewesen, Mutter Karen —“ sagte er weich. — — „Man ist manchmal nicht so gewesen, wie man hätte sein sollen —“

„Wer? — Du?“

„Aber jetzt soll es anders werden!“ fuhr er fort und streichelte ihren Arm — man verspricht es Dir heilig und teuer, liebe Mutter Karen, daß es jetzt anders werden soll!“

„Aber Manuel —“ Karen war kurz davor, in Thränen auszubrechen.

(Fortsetzung folgt.)

Oesterreich zwar nicht politisch regieren, aber kulturell herrschen können. Damit dies geschieht und damit der Sprachenkrieg wenigstens in seinen Auswirkungen ein formelles Ende findet, müssen allerdings die wahren Interessen wirtschaftlicher, politischer und nationaler Natur klar ans Tageslicht gebracht werden, muß das Wahlrecht vollständig geändert werden.

Politische Uebersicht.

Nicht annehmbar!

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte, die gestern in Berlin im Circus Busch tagte, hat folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte erklärt: „Die Landwirtschaft als solche hat kein Interesse an langfristigen Handelsverträgen, ist aber bereit, an dem Zustandekommen solcher mitzuwirken im Interesse der heimischen Industrie. Sie kann das nur, wenn ihr in dem neuen Zolltarif dasjenige Maß des Schutzes gewährt wird, dessen sie neben einer blühenden Industrie und gegenüber dem billiger produzierenden Auslande bedarf. Die Generalversammlung stimmt den wirtschaftlichen Anschauungen zu, welche in der Eingabe des Bundes der Landwirte an den Bundesrat und Reichstag vom 23. November 1901 niedergelegt sind. Die Vorlage der verbündeten Regierungen ist für die deutsche Landwirtschaft nicht annehmbar; sollte es nicht gelingen, derselben in den Beratungen des Reichstages eine Gestalt zu geben, welche den berechtigten Forderungen der deutschen Landwirtschaft entspricht, so erwartet der Bund der Landwirte die Ablehnung derselben.“

Ein anderes Ergebnis ließ Herrn Dertels journalistische Tätigkeit und die Agitation der übrigen agrarischen Amokläufer nicht erwarten. Die Gegensätze berühren sich. Die parlamentarische Vertretung der Sozialdemokratie, der die unangenehme aber notwendige Aufgabe zufällt, an dieser unglückseligen Regierungsvorlage das Nachrichtenamt zu üben, darf sich in Hinblick nicht bloß auf den Nichterspruch der Arbeiterschaft berufen, sondern auch auf das Urteil der agrarischen Interessensvertretung, die gleichfalls — wenn auch aus den entgegengesetzten Gründen — dieser Vorlage den Tod zugesprochen hat. Das Drehen und Deuteln sind wir nicht gewohnt, und welche Versuche auch unternommen mögen, die Bedeutung dieses Beschlusses abzuschwächen, so werden wir festhalten dürfen an dem, was geschrieben steht. Der donnernde Beifall, mit dem die Achttausend vom Circus Busch das Wort „Unannehmbar“ begrüßten, die einmütige und widerstandslose Annahme der oben mitgeteilten Resolution hat der festen Grundlage unseres Standpunktes einen neuen Stein eingefügt. Ein Gesehwärz, der gerade ausreicht, der Arbeiterschaft unermesslichen Schaden zuzufügen, aber nach dem eigenen Urteile der Landwirte andererseits nicht genügt, der Landwirtschaft zu helfen, gleicht einer Arznei, die gesunde Organe vergiftet, ohne die Kranken zu heilen. Die Anwendung eines solchen Mittels aber wäre menschenmörderische Kurpfuscherei.

In seiner Eröffnungsrede behandelte der Vorsitzende des Bundes, Dr. Roedike-Görtsdorf, das Thema vom agrarischen Herzen des Grafen Bülow. Wie schaurig kalt er darin aussehe, habe sich in der Rede gezeigt, die der Reichstanzler am Freitag beim Festessen des Deutschen Landwirtschaftsrates gehalten habe.

Nach ihm sprach der Freiherr v. Wangenheim. Dieser suchte den Bund der Landwirte dagegen in Schutz zu nehmen, daß er extreme Forderungen aufstelle. Er behauptete, die ganze deutsche Landwirtschaft sehe hinter dem Bunde. Bei den Festmahlen hätten die Vertreter der verbündeten Regierungen alles anerkannt, was der Bund als notwendig erkannt habe. Aber die Sache sehe ganz anders aus, wenn die Minister herdenweise auftraten; das nenne man den Bundesrat. Da werde dann plötzlich trotz all der berühmten Versicherung der Freundschaft gesagt: „Ja wohl, wir wollen alles für euch thun, aber verlangt nur nicht das, was ihr braucht.“ Es wäre traurig, wenn niemand etwas auf die Worte der Staatsmänner geben könne. Aber die deutschen Bauern hätten ja den Kaiser. „Meine Herren“, fuhr der wertige Freiherr fort, „es wäre furchtbar, wenn jemals das Vertrauen in der deutschen Landwirtschaft aufhörte, daß unser Kaiser seine Bauern nicht hören würde! Aber meine Herren, wir wollen nicht Eins vergessen: auch der höchstgestellte Mensch ist nur ein Mensch, und wir müssen uns keine Illusionen darüber machen, daß man eifrig am Werke ist, eine dunkle undurchdringliche Wolke zwischen unserm Kaiser und seine treuesten Unterthanen zu schieben! Meine Herren, wir wollen uns das offene Wort nicht verklammern lassen, und wenn die Verleumdungen auch am Fuße des Thrones nicht nachlassen, wenn sie auch dort nicht aufhören, wenn überall unsere Aeußerungen verstellt und verlegt werden, — meine Herren, dann müssen wir hier das offene Wort aussprechen, damit dieser Schleier der Verleumdungen zerreißt wird. Es ist soweit gekommen, daß Sie oft heute das Urteil hören: Ihre Agrarier seid viel schlimmer als die Sozialdemokraten. (Wui-Muse.) Der Kaiser dürfe sich nicht durch die Verleumdungen der Gegner beeinflussen lassen. Wie der gegenwärtige Kampf endigen werde, das wisse nur der „große Allierte im Himmel“, „auf den wollen wir vertrauen“. Er werde den Bund die Wege führen, wie er in seiner Weisheit beschloffen hat.

Auch Herr Dietrich Hahn sprach über den Zolltarifentwurf der Regierung. Er sagte u. a. wörtlich: „es würde die Vorlage, wie Graf Bülow sie vor dem Landwirtschaftsrat vor einigen Tagen vertreten hat, wenn sie so angenommen würde, zur weiteren Proletarisierung der deutschen Nation führen“. Herr Hahn kalkulierte offenbar so, daß nach Ablehnung des Zolltarifentwurfes bei der Beratung über neu abzuschließende Handelsverträge der Weizen der Agrarier zur Blüte kommen würde.

Ueber den Zolltarif referierte dann erst eigentlich der Abg. Summermann-Säbde, der Vorsitzende des Bundes der Landwirte für die Provinz Westfalen. Seine mit den üblichen Ausfällen gegen Judentum und Sozialdemokratie gewürzte Rede sagt zum Schluß:

Soweit es in unsern Kräften steht, wollen wir dem Großkapitalismus und Judentum entgegenstehen. Wir wollen den Flug des deutschen Adlers nicht hemmen, wenn wir sagen: erst Heimatpolitik, dann Weltpolitik! (Beifall.) Wir müssen diesen Tarif ablehnen, das ist eine patriotische Tat. Möge Gott, das sage ich trotz Bebel, der mit Gott nichts zu thun haben will, allen denen, die die Entscheidung in der Hand haben, den richtigen Weg zeigen, zum Heil und Segen unseres Vaterlandes!

Nach der Annahme der bekannten Resolution sprach Mitterguthbesitzer Volk über die Reform des deutschen Vörsengesetzes. Seine Ausführungen über den „Giftbaum“ und die Sozialdemokratie als „Schutztruppe der Börse“ enthielten weder ein neues Argument, noch einen neuen Witz. Herr Müller hat sich durch seine Vörsenreformvorschläge den Haß der Agrarier zugezogen. Gegen ihn und die „jüdische Führung“ der Sozialdemokratie sollen die Landwirte eine Kerntruppe zur Führung einer kraftvollen Heimatpolitik bilden. Schließlich wurde die folgende Resolution angenommen:

1. Die bisherigen Erfahrungen an der Produkten- und der Fondsbörse zeigen, daß die Möglichkeit der Erhebung des Differenzelwandes das Aufhören des verbotenen Terminhandels nicht bewirkt hat. 2. Um das Aufhören dieses Terminhandels herbeizuführen, ist es notwendig, daß die lex imperfecta zu einer lex perfecta gemacht werde und neben den privatrechtlichen auch strafrechtliche Folgen für die Uebertretung des Gesetzes vorgesehen werden. 3. a) Es sind daher Gesetze, welche entgegen den Bestimmungen des Gesetzes abgeschlossen werden, mit Geld- und event. Freiheitsstrafen zu belegen. b) Zur Erkennung, ob ein gesetzlich verbotenes Geschäft vorliegt, ist jedes Geschäft dem Deklarationszwang zu unterwerfen.

In der darauf folgenden Diskussion suchte Graf Limburg-Sturum ein wenig abzuwiegeln. Er legte den Standpunkt der konservativen Partei zur Vorlage des Zolltarifs, sowie zu den anderen Vorlagen dar. Was das Schicksal des Zolltarifs betrefte, so konnte es auf die feste Haltung der agrarischen Parteien, also der Wehrheit im Reichstage, an. Einer solchen Haltung gegenüber wird auch die Regierung nachgeben. (Bravo.) Ein Glück sei es unter keinen Umständen, wenn man die Vorlage ablehnen müsse.

Krüftigere Töne schlug darauf ein Herr v. Januschau-Odenburg an. Auf ihn hat die Erklärung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung keinen Eindruck gemacht. Bei Neuwahlen werde es zur Entscheidung zwischen dem Bunde der Landwirte und der Sozialdemokratie kommen, und mit dem Bunde werde dann alles gehen, „was Vaterland, Monarchie, Christentum und Heimat hochhält, mit der Sozialdemokratie aber alle, die mit ihrem bösen Menschenverstand die ewige Wahrheit meißeln wollen.“

Herr Ring sprach für die Milchzentrale, Herr Schindler-Posen zu Gunsten des Wahlbonds. Abg. Liebermann von Sonnenberg brachte den „Klugen deutschen Frauen ein dreifaches Hoch“. Herr Bilgram vom rheinischen Bauernverein zeigte sich bereit, die „ewige Wahrheit“ des 7.50 Mk. Zolls auf 6 Mk. zu reduzieren. Graf aus der Rheinpfalz sprach gegen die Nationalliberalen. Abg. Duche nannte die Sozialdemokratie eine geschworene Feindin der Landwirtschaft.

Zum Schluß sprach Herr Dertel. Er erklärte stolz, seine Anschauungen über die Mittelstandsbewegung kämen auch bei Hofe zur Geltung. In einer unverkennbaren Heimatspolitik dürfe man den Kanzler nicht unterstützen. Im übrigen hatte Herr Dertel gründlich die Zeit vergessen, da er in seiner Deutschen Tageszeitung die deutsche Monarchie mit Hengabel und Woggenstein bedroht hatte. Er erklärte, die Landwirte sorgten eigentlich nur für den Thron, wenn sie für sich selber sorgten, da sie dessen sicherste Stütze seien. In diesem Sinne ist Herr Dertel bereit, den Thron mit seinem Leibe zu bedenken, und will auch unterliegend nicht unten werden.

Zwischen hatten sich die Reihen der Versammlung stark gelichtet. Wenn man einmal in die Großstadt kommt... Nach der Verlesung einiger Telegramme wurde die Versammlung geschlossen.

Nach dem vom Abg. Dr. Hahn erstatteten Geschäftsbericht zählte der Bund am 1. Februar 250000 Mitglieder, 18000 mehr als im Vorjahre. Zu den Mitgliedern gehören angeblich 40000 Handwerker und andere Gewerbetreibende, 217000 Kleingrundbesitzer, 31500 mittlere Besizer und 1500 Großgrundbesitzer; 115000 wohnen östlich, 135000 westlich der Elbe. Der Bund hat im letzten Jahre nicht weniger als 7200 Versammlungen abgehalten; er hat 48 Wandereben besichtigt. Die Centralverwaltung des Bundes zählt 22 Oberbeamte, 104 Bureaubeamte, 10 Geschäftsführer nebst 6 Bureaubeamten.

Deutsches Reich.

Parlamentsbriefe.

Aus dem Reichstage.

B. Berlin, 10. Februar. Im Reichstag wurden heute, bevor man in der Beratung des Justizgesetzes fortfuhr, einige kleinere Vorlagen erledigt. Bei dem Gesetz über die Kontrolle des Reichshaushalts handelte es sich um die Errichtung eines besonderen Dienstgebäudes für den Rechnungshof. Der freisinnige Herr Dr. Müller-Sagan sprach die Vermutung aus, daß ein deutscher Reichsrechnungshof geplant sei, und hat, diesen der Potsdamer oder Berliner Atmosphäre zu entziehen und etwa nach Stuttgart zu verlegen. Wehmann zwele bestritt indessen die Richtigkeit dieser Vermutung, womit die Sache ihr Bewenden hatte.

Der Gesetzentwurf zum Schutze des Genfer Neutralitätszeichens, des roten Kreuzes, will der irtüthrenden Verwendung dieses Zeichens als Geschäfts- und Fabrikmarke entgegenstehen. Die Vorlage ging an eine Kommission von 14 Mitgliedern.

Dann wurde die am Sonnabend abgebrochene Justizdebatte fortgesetzt. Der Forderung unseres Genossen Heine auf Erlaß eines Reichs-Strafvolkzuggesetzes schloß sich Abg. Schrader von der freisinnigen Vereinigung an. Herr Schrader beführwortete den von ihm eingebrachten Duell-Antrag, dessen eine Bestimmung den Duellanten das Recht nehmen will, ein öffentliches Amt zu bekleiden. Der bekannte Centrumsabgeordnete Hoerner, Oberlandesgerichtsrat in Köln, forderte Gesetze zur Entschädigung unschuldig Verhafteter und zur Ermöglichung der bedingten Beurteilung an Stelle der jetzigen bedingten Begnadigung.

Staatssekretär Dr. Nieberding sprach, obgleich er es gar nicht nötig hatte, wieder ein paar Worte über die Begnadigungsprügel in einem kleinen deutschen Duodez-Fürstentum. Wieder

bekam er seinen maßlosen Respekt vor der Souveränität des „Herrschers aller Menschen“ älterer Linie. Von der bedingten Beurteilung scheinen die Regierungen leider wenig zu halten und über die Entschädigung unschuldig Verhafteter unterhandelt man noch „im Schoße der Regierungen.“

Herr v. Kardorff, der alte, durch sein Zolltarifkommissions-Pfeßbüßung arg nervös gewordene Kämpe für Mitterlichkeit und hohe Getreidepreise, warf einige seiner berühmten, hübligen und zusammenhangslosen Sätze in die Duelldebatte. Er will die feudale Knallerei natürlich unter keinen Umständen missen.

Für eine Heraussetzung der Strafmündigkeitgrenze und für schärfere Bestrafung des Duells trat der freisinnige Amtsrichter Bargmann ein, während Herr Wassermann, der mit resignierter Eleganz und blasphemem Tonfall die Nationalliberalen zu repräsentieren pflegt, in der Duellfrage „nicht so weit gehen“ möchte.

Die längste und weitestreichende Rede des Tages hielt unser Genosse Stadthagen. Seine schneidigen Worte gegen den Duellmord hoben sich wirksam ab von der nationalliberalen Kompromißfuchtel. Stadthagen charakterisierte die Verdröndung zu Teil gewordene Behandlung als einen Mißbrauch der Amtsgewalt, den das Strafgesetzbuch in den härtesten Strafen ahnde. Wenn keine Verfolgung eingetreten sei, so sei das der beste Beweis gegen das Anklagenmonopol der Staatsanwaltschaft, an dessen Stelle das Anklagerecht des Bürgers treten müsse. Unser Redner brachte eine große Reihe von Mißbräuchen in der Justizpflege vor, beleuchtete noch einmal den Erpressungsparagrafenreißer der beiden preussischen Minister für Inneres und Justiz, und stellte dann in äußerst wirksamer Kontrastierung das bekannte Schwurgerichtsurteil in Köln, das Arbeiter wegen Landfriedensbruchs zu 8 und 10 Monaten Gefängnis, ja den einen Angeklagten zu 3 Jahren Buchhaus verurteilt und ein Zwickauer Landgerichtsurteil einander gegenüber, durch das junge Kaufleute, Söhne „hochachtbarer Eltern“, zu Geldstrafen von 25—400 Mark verurteilt worden sind. Die Ähnlichkeit der Straftaten und die ungeheure Verschiedenheit der Urteile bilden in der That einen sehr bezeichnenden Beitrag zur Geschichte der Klassenjustiz. Auch auf einige interessante Einzelheiten aus dem „Fehler“-Prozess gegen den Vorwärts und der bekannten Spitzelgeschichte Basewitz ging Stadthagen ein.

Staatssekretär Dr. Nieberding machte es sich mit seiner Erwiderung bequem. Er ist über alle diese Fälle nicht orientiert, will sie aber „prüfen“. In dem Zwickauer Fall suchte der sächsische Geheimrat Dr. Böerner vergeblich die von Stadthagen gegebene Darstellung zu widerlegen; er beschäftigte eigentlich alles, was unser Genosse gesagt hatte. Herr Böerner sagte auch noch ein paar Worte zu der Tostoi-Beschlagnahme in Leipzig; er hätte lieber schweigen sollen, denn er hatte nur die eine interessante Mitteilung zu machen, daß er Tostois Werke nicht kenne. Schon Herr v. Müller hatte ja bewiesen, daß Regierungsfähigkeit und Atileratur unvereinbare Elemente sind; warum mußte Herr Böerner diesen Beweis ergänzen? — Morgen wird die Debatte fortgesetzt.

Aus dem preussischen Landtage.

H. Berlin, 10. Februar. Das Abgeordnetenhaus überwies heute die lex Adices an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Die lex Adices ist ein alter Dekret. Bereits 1892 hat das Herrenhaus ein ähnliches Gesetz angenommen, das aber nicht in Kraft treten konnte, da es im Abgeordnetenhaus in der Kommission stecken blieb. Im vorigen Jahre erließ die lex Adices das gleiche Schicksal, sie wurde infolge des plötzlichen Sessionschlusses nicht mehr verabschiedet, und ob der Entwurf in diesem Jahre Gesetz wird, ist sehr fraglich. Indes hat ihm das Herrenhaus zugestimmt; daß er aber auch die Zustimmung der zweiten Kammer findet, dafür ist wenig Aussicht vorhanden.

Nach dem Gesetzentwurf soll zur Erschließung von Baugelände sowie zur Herbeiführung einer zweckmäßigen Gestaltung von Baugrundstücken in Frankfurt a. M. die Umlegung von Grundstücken verschiedener Eigentümer erfolgen können auf Antrag des Magistrats, sowie auch durch Beschluß der Mehrheit der Eigentümer der unzuliegenden Grundstücke. Durch königliche Verordnung soll das Gesetz auch auf andere Gemeinden der Monarchie, sofern sie es beantragen, sinngemäß ausgedehnt werden können.

Gegen diese letztere Bestimmung erhoben fast alle Redner lebhaftes Bedenken. Die Herren, die zärtlich darum besorgt sind, daß den volkenden Grundbesitzern kein Haar gekrümmt wird, sehen im Geiste das Gesetz schon auf alle Gemeinden Preußens ausgedehnt. Im Ernste ist daran nicht zu denken, denn in dem größten Teile Preußens muß die Hälfte der Stadtvorordnen aus Hausbesitzern bestehen, und daß diese einen etwaigen Gemeindebeschluß auf Beantragung der Ausdehnung des Gesetzes auf ihre Gemeinde hintertreiben werden, kann als feststehend angenommen werden. Das Privileg der Hausbesitzer hat schon so manche Mühe gekostet; wer es wirklich aufrichtig mit der Bekämpfung der Wohnungsnot meint, der muß hier den Gehel ansetzen und dies durch nichts begründete Vorrecht aufheben. Da die Regierung bei der Etatsberatung aber ausdrücklich erklärt hat, daß sie von einer Befreiung des Hausbesitzerprivilegs nichts wissen will, so können wir an den Ernst ihrer Maßnahmen zur Bekämpfung der Wohnungsnot nicht glauben.

Im übrigen darf man die Tragweite des Gesetzentwurfs, selbst wenn er zur Verabschiedung gelangt, nicht überschätzen. Es ist möglich, daß dadurch die Spekulation etwas eingedämmt wird, aber allzu sehr werden die Bodenspekulanten dadurch nicht geschädigt.

Die Debatte selbst war recht inhaltslos. Wer etwa gehofft hatte, daß sie zu einer Wohnungsdebatte großen Stils ansetzen würde, der sah sich bitter enttäuscht. Vor leeren Bänken, da die Mehrheit der Vorstellung des Bundes der Landwirte im Circus Busch bewohnte, unterhielten sich die Herren über belanglose Einzelheiten. Sie jammerten über die Belastung des Grundbesitzes und ergingen sich in Entrüstung darüber, daß der Staat in das dreimal gefällte Privateigentum eingreifen wolle, aber die großen sozialpolitischen Gesichtspunkte ließen sie außer acht. Als besonders engagierter Verteidiger des privaten Besitzes zeigte sich Abg. v. Eynern (nat. lib.), während der konservative Redner Dr. Frmer überhaupt gegen die Befreiung der Wohnungsnot in Großstädten zu sein scheint. Er sarkastet, daß durch gute Wohnungen noch mehr Arbeiter in die Städte gelockt werden könnten. Wohlwollend standen dem Gesetz nur vereinzelt Redner, darunter die freisinnigen Abgeordneten für Frankfurt, Bunn und Oeser, gegenüber. Auch die Regierung hofft anscheinend nicht, daß der Entwurf in seiner jetzigen Fassung Gesetz wird. Minister Schönstedt ließ durchblicken, daß er schon froh ist, wenn nur ein Gesetz für Frankfurt zu stande kommt.

Morgen ist keine Sitzung; am Mittwoch wird die Staatsberatung fortgesetzt.

Chronik der Majestätsbeleidigungsprozesse.

Eine Majestätsbeleidigung beging der 31 Jahre alte Schlosser Gustav Adolf Schenker in Dresden. Schenker, der 17mal vorbestraft ist, gilt für einen moralisch verkommenen Menschen. Der Angeklagte bestritt das ihm zur Last gelegte nicht. Das unter Vorsitz des Herrn Landgerichtsdirektor Becker gefällte Urteil lautet wegen Verleumdung, Majestätsbeleidigung und Wetteln auf ein Jahr sechs Monate Gefängnis, drei Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizei. Die Haftstrafe gilt durch die seit 8. Januar erlassene Untersuchungshaft für verbüßt. Das Urteil ist nur deswegen so hoch bemessen, weil der Angeklagte sich als Mensch gezeigt habe, der sich in „äußerst frecher Weise gegen jede Autorität auflehnt“. Auf die Frage, ob er sich dem Urteil unterwerfe, erwiderte Schenker, der ja nur ein Unterkommen gesucht hatte, im Abgehen lakonisch: 's ist egal.

Berlin, 11. Februar. Sein 25jähriges Militärdenkmal feierte Wilhelm II. am Sonntag nachmittags in Potsdam durch einen Appell des 1. Garderegiments im Regimentshaus. Der Kaiser hielt eine Ansprache und nahm einen Paradeumarm ab. Ehemalige Angehörige des Regiments überreichten ihm ein Geschenk. In seiner Ansprache beim Regiments-Appell führte der Kaiser, einem Berliner Lokalblatt zufolge, aus, daß er mit Stolz des Tages gedenke, an dem ihn vor 25 Jahren sein herrlicher Vater in das Regiment gebracht habe, in dem er auch noch unter den Augen des großen Kaisers habe Dienst thun dürfen. Das Regiment habe sich während dieser 25 Jahre bewährt, und er hoffe, daß dies auch in Zukunft immer der Fall sein werde. In einer Ansprache bei Ueberreichung einer Adresse ehemaliger Regiments-Angehöriger führte der Kaiser aus, er sehe aus diesen Worten, daß er richtig verstanden worden sei. Das 1. Garderegiment sei keine Luxus-Truppe, das habe es gezeigt und werde es immer wieder zeigen, die alten Kameraden, und er rechne sich nunmehr auch zu den alten, hätten dies bewahrt und die junge Generation, das sei er sicher, werde es auch thun. — Vom bayerischen Prinzregenten bekam Wilhelm II. ein schönes Telegramm.

Auch das hessische Finanzministerium würgt am Defizit. Der Finanzausschuß der Zweiten Kammer hatte beantragt, das 1890/900 Mk. betragende Budgetdefizit durch Erhöhung einiger Einnahmen, weitgehende Streichung sogar produktiver Ausgaben und Deckung des Restes aus Vermögensüberschüssen früherer Jahre zu beseitigen. Die Regierung dagegen hatte zur Herstellung des Budgetgleichgewichts die Erhöhung der Vermögenssteuer um 20 Pfg. für je 1000 Mk. Vermögen vorgeschlagen und der Finanzausschuß der Ersten Kammer hatte dem zugestimmt. Jetzt läßt die Regierung erklären, daß sie den Sparmaßnahmenvorschlägen des Finanzausschusses nicht beitreten werde. Vermutlich wird sie sich auf eine Erhöhung der Vermögenssteuer verlassen.

Herr v. Endell in Rötten. Das gegen den Major a. D. Endell schwebende Disziplinarverfahren der Staatsanwaltschaft hat, wie der Täglichen Rundschau aus Posen geschrieben wird, die genügende Grundlage gegeben, um ihrerseits die formelle Voruntersuchung gegen den Major Endell einzuleiten.

ES knallt weiter. Ein Pistolenknall hat nach der Frankfurter Zeitung in Ulm zwischen einem preussischen Oberleutnant der Artillerie und einem bayerischen Infanterie-Lieutenant stattgefunden. Der Artillerie-Lieutenant wurde schwer verletzt.

Vom Antipolenrummel. Wolffs Bureau findet eine in Posen abgehaltene deutsch-bürgerliche Versammlung, die den Grafen Bülow anlegrahischerte, wichtig genug, um von ihr ausführlich Notiz zu nehmen. Dieses Telegramm beginnt mit den Worten: „Eure Excellenz sendet die von über 1000 Personen aller Parteirichtungen aus Stadt und Land besuchte deutsche Volksversammlung aufrichtigen Dank für das entscheidende Eintreten zu Gunsten des bedrängten Deutschland des Ostens.“ Man wird doch dem Grafen Bülow nicht einreden wollen, daß die deutschen Sozialdemokraten Posen der Polenhege zustimmen. Oder ist die Sozialdemokratie keine Partei?

Der abgesetzte Hunnengeneral. Die plötzliche Verabschiedung des preussischen Generalleutnants v. Lessel, des obersten Kommandeurs des ostasiatischen Expeditionscorps, erregt auch das Befremden des Vorwärts. „Davon, daß Generalleutnant v. Lessel sich krank fühle, ist,“ so schreibt er, „nicht das geringste bekannt geworden. Ebenso wenig kann v. Lessel die Würde des Alexs empfunden haben, da er 1888 das Kadettenhaus verließ, also etwa 58—58 Jahre zählen dürfte, ein für höhere Offiziere keineswegs hohes Alter.“

Lessel muß auch seiner militärischen Befähigung wegen bis vor kurzem sehr geschätzt gewesen sein. Sein rasches Advancement beweist dies. 1896 wurde er Regimentskommandeur, 1897 Brigadeführer, 1900 Divisionskommandeur. In denselben Jahre wurde er dann auch mit dem Oberkommando über das ostasiatische Expeditionscorps betraut. Diese glänzende Laufbahn des aufsteigenden zu den höchsten militärischen Ehren berufenen Generals hat nun plötzlich ein überraschend jähes Ende gefunden. Weshalb?

Man ist es ja in Deutschland des Blatzackurses gewohnt, viel Sterne am Gnadenhimmel aufgehen und verschwinden zu sehen. Man weiß nicht, warum sie kamen, noch weniger, warum sie gingen. Aber dieses jähe Verschwinden deutet — so scheint es — auf eine kleine Katastrophe in den höheren Regionen.

Eine unehrliche Soldatenmishandlung enthüllte eine Verhandlung vor dem Geschworenengericht zu Kiel. Der Wachministermaat Wulf an Bord des Minierschiffes Württemberg war dem Heizer W a s c h e w s k i nicht wohlgefällt. Am Sonntag den 23. Juli 1901 hatte W. einen Befehl des Maats nicht befolgt. Wulf fand den Untergebenen schlafend an der Reeling und gab ihm einen Schlag ins Gesicht und einen Fußtritt gegen den Unterleib. Darauf befahl ihm der Maat, den Paradeanzug auszugiehen und außer der zweiten Garnitur einen Rock, einen Ueberzieher und zwei Paar Hosen anzuziehen. In dieser dicken Bekleidung schickte er ihn zum Arbeiten auf den heißen Kessel. Der angeklagte Unteroffizier giebt die Temperatur des Kessels mit 58 Grad, der als Zeuge erschienene Oberingenieur der Württemberg die Kesselwärme mit 55 Grad an. W a s c h e w s k i wurde durch die Arbeit und die Hitze ohnmächtig und fiel zu Boden. Infolge der hohen Temperatur und der dicken Kleidung drang ihm das Blut zu Kopfe und stürzte aus der Nase. Dieser Ausgang erschien dem Unteroffizier bedenklich. Er schaffte den Besinnungslosen auf dem Kessel herunter, wusch ihm das Blut mit

Twist ab — der Verletzte behauptet, daß der Twist mit Del getränkt gewesen sei — und warf ihn in die Wadefammer, daß er hinstürzte. Dort fanden ihn die Kameraden und brachten ihn wieder zur Besinnung. Der als Sachverständiger geladene Marinearzt konstatierte am Tage nach dem Vorfall einen linksseitigen Leistenbruch, der anscheinend durch einen Stoß mit dem Fuße gegen den Unterleib hervorgerufen sei, eine äußere Verletzung war nicht sichtbar. Der Verletzte hat die Zuerkennung einer Unfallrente beantragt. Der Vertreter der Anklage bezeichnete den Befehl zum Arbeiten auf dem Kessel bei einer hohen Temperatur als eine „Quälerei, wie sie gottlob in der Marine selten vorkommt“. Obgleich W a s c h e w s k i ein Lässiger, wenig brauchbarer Heizer sei, liege kein minder schwererer Fall vor. Er beantrage zwei Monate Gefängnis. Der angeklagte Unteroffizier hat sich nach seiner Entlassung ins Ausland begeben, ist dort verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis in Kiel geschafft worden. Das Gericht erkannte auf 45 Tage Gefängnis und rechnete dem Maat 14 Tage der Untersuchungsgefängnis an. Das Versehen des Fußtrittes wurde als nicht erwiesen erachtet und das Hinsinken des Twists in den Mund nicht als Mißhandlung aufgefaßt.

München, 8. Februar. Unsere Mitteilungen über die Geheimnisse bayerischer Kompilgerfahren haben zur Folge gehabt, daß Herr Neuenhause, der ehemalige Chefredakteur der ultramontanen Augsburg Postzeitung, aus dem Pilgerzuch-Komitee ausgeschieden ist. Er macht ebensowenig einen Versuch, sich von den kompromittierenden Vorwürfen zu reinigen, wie es auch das Komitee nicht der Mühe wert hält, sich zu der Sache zu äußern. Die Centralpresse ignorierte den Inhalt der von uns besprochenen pseudonymen Broschüre völlig. Wir glauben im übrigen heute schon sagen zu dürfen, daß demnächst noch weitere interessante Mitteilungen aus dem ultramontanen Lager erfolgen dürften, denen man aber etwas mehr Beachtung wid schenken mußte.

Kleine politische Nachrichten. Der junge Sohn des Präsidenten Roosevelt ist an Lungenerkrankung erkrankt. Sein Zustand ist höchst kritisch. Der Präsident weiß beständig am Krankenlager. Die amerikanischen Blätter besprechen ernstlich die Möglichkeit einer Verschlebung der Reise des Prinzen Heinrich nach Amerika.

Oesterreich-Ungarn.

Dasynski über den Koburg-Standal. Im Reichsrat brachte unlänglich der zweite Lesung der Vorlage, betreffend das Rekrutenkontingent, Genosse Dasynski die Angelegenheit der als geisteskrank internierten Prinzessin Wilhelmine von Koburg und des Oberleutnants Mattasch zur Sprache, der, wie unseren Lesern bekannt, als Wechselfälcher seit vier Jahren im Gefängnis sitzt. Dasynski gab seiner Ueberzeugung Ausdruck, daß Mattasch unschuldig verurteilt wurde. Die Unterschrift unter den Bescheiden sei als Fälschung hingestellt worden, damit Prinz Philipp von Koburg nicht den ganzen Betrag zu bezahlen brauche. Redner sagte, wenn er Monarchist wäre, hätte er längst den Kaiser aufmerksam gemacht, wie furchtbar diese Sache den kaiserlichen Gedanken im Heere schädige. Wenn jeder Offizier, nachdem er dem Kaiser zehn Jahre treu gedient, einer solch furchtbaren Behme verfallen könne, dann höre die kaiserliche Tradition im Heere auf. Er kritisierte dann den Gesetzesentwurf, welcher zur Verhaftung des Mattasch geführt, wozu wiederum die Vollmacht des Kaisers mißbraucht worden sei, und ebenso die Schwachsinnsigkeitserklärung der Prinzessin Wilhelmine. Thatsächlich sei die Spur des wirklichen Fälschers der Unterschriften der Kronprinzessin-Wilhelmine abschließend verurteilt worden. Mattasch habe erwiesenermaßen gar kein Interesse an einer solchen Fälschung gehabt, dessen falsche Unterschrift den Standal veranlaßte. Ehe man zur Verhaftung des Mattasch geschritten sei, habe man ihm formell angeboten, ihn sicher fliehen zu lassen, wenn er nur sich verpflichte, von der Prinzessin abzuschließen. Der Redner schloß mit einem Appell an das Gewissen der Mitglieder des Reichsrates, nicht länger einen Unschuldigen im Kerker schmachten zu lassen.

Frankreich.

Der Achtstundentag der Bergarbeiter. Ueber die Schwierigkeiten, die das Bergarbeitergesetz noch zu überwinden hat, ehe es Gesetzeskraft erlangt, wird uns aus Paris geschrieben: Zwar wird jetzt der Achtstundentag in Europa zum erstenmal ins Gesetz eingeschrieben. Aber damit ist der Sieg noch nicht materiell gesichert. Das Gesetz hat noch den Senat zu passieren, diese gefährliche Klippe aller von der Kammer votierten Reformen. Gerade kürzlich begrub der Senat das vor Jahren von der Kammer votierte Gesetz, betreffend Abschaffung der ausbeuterischen privaten Arbeitsnachweisbureau, nachdem er vorher das Bestehende für die Eisenbahner abgelehnt hatte. Und das Ministerium Waldeck-Roussier hat in den beiden Fällen die Reformen äußerst nachlässig verteidigt bzw. (im letzteren Fall) direkt preisgegeben. Wird sie es mit dem Achtstundentag anders machen? ... Dazu kommt die Verschleppungskunst des Senats; wird das Gesetz nicht vor Ende dieser Legislatur endgiltig votiert, dann fällt es automatisch in den Papierkorb des parlamentarischen Archivs und die kommende Legislatur muß wieder von vorne anfangen. Da wird wohl noch ein energischer Druck von außen nötig sein, um das Achtstundentaggesetz zur Thatfache zu machen.

Großbritannien.

Die Zukunft von Weihaiwei. — Die Hungernot in Indien. London, 10. Februar. In beiden britischen Parlamenten wurden heute von der Regierung betreffend Weihaiwei Erklärungen abgegeben. Diese gingen dahin, daß die Regierung beschlossen habe, die gegenwärtige, aus einem chinesischen Regiment und einer Abteilung Genietruppen bestehende Garnison von Weihaiwei zurückzuziehen und die weitere Befestigung des Platzes einzustellen. Im Oberhaus folgte der Regierungsvertreter hinzu, daß das Kolonialamt die Verwaltung von Weihaiwei übernommen habe. Es werde dort eine Polizeitruppe errichtet werden. Man sei zu der Erkenntnis gekommen, daß der Platz nur unter großen pecuniären Opfern besetzt werden könne. Die Regierung beabsichtige, ein Sanatorium für Offiziere der Landarmee und der Flotte dafelbst zu begründen, und sie habe Grund zu der Annahme, daß die Besetzung von Augen und Wert sein werde. Das Gerücht, es sei beabsichtigt, Weihaiwei an China zurückzugeben oder an eine andere Macht abzutreten, sei völlig unbegründet. Lord Rosebery zog hierauf einen Vergleich zwischen den Behauptungen der Regierung bei der Erwerbung von Weihaiwei und ihrer heutigen Erklärung, wonach der Platz zu einem Seebade zweiten Ranges herabgesetzt werde. Der erste Lord der Admiralität erklärte, die Entscheidung der Regierung beruhe auf einer Erwägung, die auf dem Gebiete der Flottenstrategie und nicht auf dem der Finanzen liege, den wahren Schutz des englischen Handels in den chinesischen Gewässern bilde die englische Flotte und die Bedeutung von Weihaiwei liege nur in seiner Beziehung zur Flotte.

Die ministerielle Erklärung über die Zukunft von Weihaiwei hat in parlamentarischen Kreisen nicht befriedigt. Infolgedessen wird Chamberlain darüber interpelliert werden, ob eine Entfernung der Besatzung infolge des Abkommens mit Italien oder anderer Mächte erfolgen solle.

Daily Chronicle veröffentlicht eine Mitteilung des Staatssekretärs für Indien, worin dieser bekannt macht, daß in Kojipookano die Hungernot noch überhand genommen habe durch die große Zahl von Ratten, die alle Vorräte auffressen. Der Regen bleibt immer noch aus. Die Zahl der Verstorbenen beträgt 200000. Das Volk erklärt die Lage in Indien für weitläufig schlimmer als in Südafrika.

Aus Sachsen und den Nachbargebieten.

Eine Verichtigung zur Ministerkrise. Im Dresdener Journal liest man:

In der von Sr. Excellenz dem Staatsminister v. Meisch verlesenen Erklärung heißt es — auch nach dem stenographischen Berichte —, daß das Gesamtministerium „in der bloßen durch ein pflichtwidriges Verhalten der verantwortlichen Mitglieder der Krone nicht verantwortlichen“ Statüüberführung eine Beeinträchtigung der Rechte der Landesvertretung überhaupt nicht zu erblicken vermöge. Der Abg. Stödel hatte dieses „nicht“ offenbar überhört, wenn er darauf erwiderte, daß hiernach „selbst bei pflichtwidrigem Verhalten der Minister“ Statüüberführungen gestattet sein würden, und dies als „eine Verletzung des ständischen Rechts“ bezeichnete. Der Nationalliberalen Korrespondenz, die die falsche Version auch ihrerseits aufnimmt und gegen die Regierung ausbeutet, kann der Vorwurf nicht erspart bleiben, daß sie den Sitzungsbericht nicht sorgfältig genug beachtet hat.

Ein Widerspruch? Die Finanzdeputation B der Zweiten Kammer des sächsischen Landtags beantragt in ihrem Berichte über Tit. 36 des außerordentlichen Etats, die zur Erweiterung des Bahnhofs Stein-Hartenstein geforderte erste Rate in Höhe von 150000 Mk. zu bewilligen. Bemerkenswert ist angefaßt der letzte Vorfall in der Kammer folgender Passus des Berichts: „Die Deputation ist bei Prüfung der eingelegten sehr hohen Einheitsätze zu der Ansicht gekommen, daß dieselben gegenüber anderen Anschlägen und in Anbetracht der jetzigen Vohverhältnisse doch noch wesentlich billiger sich stellen und somit erhebliche Ersparnisse zu erzielen sein werden.“ Die Finanzdeputation B ist derselbe, die eben die ungewöhnlichen Einheitsüberschreitungen bei Eisenbahnbauten rügte und damit die Ministerkrise herbeiführte. Im vorliegenden Falle scheinen die Beamten etwas gewissenhafter als sonst verfahren zu sein und einen höheren Betrag im Etat eingestellt zu haben. Nun scheint der Betrag der Finanzkommission zu hoch. Wenn aber die Forderung erniedrigt und später überschritten wird, was dann?

es. Aus dem Vogtland, 10. Februar. Die Lohnbewegung der Textilarbeiter scheint nunmehr in ein sehr ernstes Stadium einzutreten. In Greiz gab heute die Firma Gebrüder Albert durch Anschlag bekannt, daß sie den bisherigen Lohn nicht erhöhen könne. Der Fabrikantenverein von Greiz habe am Sonnabend eine Sitzung gehabt, in welcher sich sämtliche 17 Mitglieder für den Fall eines Arbeiterausstandes solidarisch erklärten und ihren Betrieb einstellen. Daraufhin legten die etwa 250 Arbeiter heute nachmittag den Bürgermeister von Greiz um Vermittlung ersucht und hat dieser auch sofort die nötigen Schritte eingeleitet. Bei der Firma Lorenz sind wegen Ablehnung der gestellten Forderungen die Arbeiter seit Donnerstag ausständig. In der Weberei Dietel werden die Forderungen morgen gestellt werden.

In Elsterberg ist der Streik bei der Firma Obernig u. Co. heute beendet worden. Durch Vermittlung der Gewerbeinspektion Plauen sind den Arbeitern einige Zugeständnisse gemacht worden, auch soll die Lohnkommission als ständige Fabrikkommission anerkannt werden.

Auch in Wylau, Reichenbach und Reischkaun nimmt die Bewegung eine sehr ernste Form an. Nachdem, wie wir bereits berichteten, sich die Arbeiter verschiedentlich ganz ansehnliche Zugeständnisse erkämpft haben, hatte gestern der Fabrikantenverein der drei Orte wiederum eine Sitzung, in welcher die Einführung eines Lohntarifs beschlossen wurde, der erheblich hinter den Forderungen sowie den hier und da gewährten Zugeständnissen zurückbleibt. Der neue Tarif ist heute bereits in allen Fabriken ausgehängt worden. Den Arbeitern wurde hierbei versichert, daß es schwer gewesen sei, alle Firmen unter einen Hut zu bringen und daß der Tarif bei manchen Firmen eine Lohnerhöhung bis 15 Prozent bedeute. Bei der Firma Moritz Werthe-Wylau, die bereits höhere Löhne zugesagt hatte, wurde der neue Tarif ebenfalls ausgehängt. Die Arbeiter erklärten sofort, daß sie damit nicht einverstanden seien. Uebrigens trat es sich auch in anderen Fabriken zu. Der Streik bei der Firma Vogt u. Heldig in Wylau ist heute beendet worden, nachdem eine Einigung zu Stande gekommen war.

In Reichenbach kam es bei der Firma Eduard Schneider am 6. Februar zu einer nochmaligen kurzen ArbeitsEinstellung. Die Unterhandlungen führten zu einem für die Arbeiter günstigen Abschluß.

Auch in Treuen hat die Bewegung Fuß gefaßt und zwar zunächst bei der Firma Bauer. Es wurden einige Zugeständnisse erreicht.

Kleine Nachrichten aus dem Lande. Von dem aus Mägeln bei Pirna verschwundenen Polizeiwachmeister Bödel hat man bis jetzt noch keine Spur entdecken können, so daß alle umlaufenden Gerüchte in das Reich der Fabel verwiesen werden müssen. Die von ihm begangenen Unterschlagungen betreffen Einkommensteuerbeträge, die er erst in den letzten Tagen vor seiner Flucht in seiner Eigenschaft als Vollstreckungsbeamter einzahlerte und augenscheinlich zu seinem Fortkommen benutzte. — Eine in der Strafanstalt Bogatsberg untergebrachte 21jährige Gefangene, die Dienstmagd Wilhelmine Bertha Lesche aus Lorenzgr., wurde infolge freudiger Aufregung (?) über ihre nahe bevorstehende Entlassung von einem tödlichen Herzschlag getroffen. — In Hauswalde bei Großröhrsdorf verunglückte der noch sehr rüstige 64 Jahre alte Walbarbeiter Karl Pegoß im Oberbisch der herrschaftlichen Waldung. Beim Fällen von Bäumen traf ihn ein Baum so, daß sein Tod augenblicklich erfolgte. P. war am Kopfe und Rücken schwer verletzt, auch waren ihm beide Beine zerlähmt worden. — Montag abend gegen 1/10 Uhr hat in Chemnitz der Kaufmannslehrling Friedrich Paul Schneider, 18 Jahre alt, der im Hause Solbitzstraße 48 wohnenden ledigen 32jährigen Auguste Fanny Ertel vor der Haustür mit einem Rasiermesser eine Klaffende, 7 cm lange Wunde am Halse beigebracht. Die Schwerverwundete wurde in das Krankenhaus gebracht. Schneider, der vor der That in der Wohnung der Ertel gewesen, ist festgenommen worden.

Hierzu eine Beilage.

Reichstag.

180. Sitzung. Montag den 10. Februar 1902, 1 Uhr. Am Bundesratsitz: Graf Vosadowsty.

Auf der Tagesordnung steht die 3. Beratung des Gesetzes betr. die Kontrolle des Reichshaushalts.

Abg. Dr. Müller-Sagan (freis. Vp.): Aus der Thatsache, daß in der Uebersicht die Einschränkung auf ein bestimmtes Rechnungsjahr fortgefallen ist und daß andererseits ein besonderes Dienstgebäude für den Rechnungshof gefordert wird, scheint darauf hinzuweisen, daß ein besonderer Rechnungshof für das deutsche Reich gegründet werden soll.

Staatssekretär Graf Vosadowsty: Ich bitte dem Gesetz, das die Mängel vorbeugen soll, zur Annahme zu verhehlen.

Abg. Dr. Baasche (nat.-lib.) und Abg. Dr. Spahn (Centrum) schließen sich den Ausführungen des Abg. Dr. Müller-Sagan an.

Abg. Dr. Wendt (Reichsp.): beantragt, zur Prüfung der einzelnen Uebergangsbestimmungen den Entwurf einer Kommission von 14 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Prinz Schnaid-Carolath (nat.-lib.): Auch wir begrüßen die Vorlage mit Freude und stimmen auch einer Kommissionsberatung zu.

Abg. v. Widau (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

sind einzelne Materien dringend der Regelung bedürftig. So muß ein Gesetz geschaffen werden, das ermöglicht, jugendliche Personen im Alter von 14-18 Jahren der Zwangsverziehung zu überweisen, und ferner ein Gesetz, das die bedingte Verurteilung reichsgefänglich regelt.

Die Resolution Gröber geht nicht zu weit; man kann das Duell nicht ohne weiteres auf eine Stufe mit dem Totschlag stellen. Eine Verschärfung der Bestrafung des Duells kann nur stattfinden, wenn der Missethäter eine Rolle spielt, oder wenn alte Raufbolde beteiligt sind.

Abg. Stadthagen (Soz.): Statt der Klagen über die Zunahme der jugendlichen Verbrecher sollte man lieber den Ursachen dieser Erscheinung nachgehen, die in der Erwerbslosigkeit der Kinder schon im frühen Alter und in den schlechten Schulverhältnissen liegen.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Söhne angelegener Eltern handelt, während auf der anderen Seite Arbeiter, die sich gegen Revolververbrechen wehren, mit Buchstabsstrafen belegt wurden. Das ist eine Klassenjustiz, wie sie schlimmer nicht gedacht werden kann.

Die Resolution Gröber geht nicht zu weit; man kann das Duell nicht ohne weiteres auf eine Stufe mit dem Totschlag stellen. Eine Verschärfung der Bestrafung des Duells kann nur stattfinden, wenn der Missethäter eine Rolle spielt, oder wenn alte Raufbolde beteiligt sind.

Abg. Stadthagen (Soz.): Statt der Klagen über die Zunahme der jugendlichen Verbrecher sollte man lieber den Ursachen dieser Erscheinung nachgehen, die in der Erwerbslosigkeit der Kinder schon im frühen Alter und in den schlechten Schulverhältnissen liegen.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Staatssekretär Graf Vosadowsty spricht sich gegen Entschädigungen aus.

Abg. Dr. Wied (freis. Vp.): Durch das Gesetz könnten leicht die Krankenpfleger- und Sanitätsvereinigungen geschädigt werden.

Abg. v. Bismarck (wiltbkonf.): Die Gewerbetreibenden aus Altensburg verlangen in einer Petition Entschädigung für die Entziehung des roten Kreuzes als Warenzeichen.

Sächsischer Landtag.

40. Sitzung der Zweiten Kammer. Dresden, 10. Februar. Beginn mittags 12 Uhr.

Die Erbillnen sind ebenso nicht besetzt wie am Freitag. Die harrende Menge bespricht lebhaft die Ministerkrise, und man erwartet allgemein eine Erklärung in dieser kritischen Angelegenheit.

Unter den Registrandenangehörigen befindet sich eine Petition aus Leipzig für Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel.

Der Verband reisender Kaufleute in Leipzig hat um Befreiung von der Einkommensteuer petitioniert.

Die Erbillnen sind ebenso nicht besetzt wie am Freitag. Die harrende Menge bespricht lebhaft die Ministerkrise, und man erwartet allgemein eine Erklärung in dieser kritischen Angelegenheit.

Unter den Registrandenangehörigen befindet sich eine Petition aus Leipzig für Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel.

Der Verband reisender Kaufleute in Leipzig hat um Befreiung von der Einkommensteuer petitioniert.

Die Erbillnen sind ebenso nicht besetzt wie am Freitag. Die harrende Menge bespricht lebhaft die Ministerkrise, und man erwartet allgemein eine Erklärung in dieser kritischen Angelegenheit.

Unter den Registrandenangehörigen befindet sich eine Petition aus Leipzig für Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel.

Der Verband reisender Kaufleute in Leipzig hat um Befreiung von der Einkommensteuer petitioniert.

Kleine Chronik.

Leipzig, 11. Februar. Theaterneuigkeiten. Am Mittwoch findet im Neuen Theater eine Aufführung von Tristan und Isolde mit Frau Belgate Gressf...

stimme wurde von Herrn Grevesmühl mit schönem Ton und mit Verständnis gespielt, man empfing den Eindruck einer ersten und wichtigen Komposition; richtig wirkten Können die Sätze aber wohl nur im Zusammenhang mit der ganzen Komposition, besonders die Violinosstelle aus dem Benedictus, die eigentlich nur die stimmungsvolle Einleitung zu einem größeren Abschnitt bildet.

leiten häufen. Es ist schade, daß man ein so groß angelegtes Werk bei nur einmaligem Hören nur schwer in sich aufnehmen kann, so daß sich unwillkürlich der Wunsch regt, die Sonate möchte in nicht allzu ferner Zeit wieder einmal auf einem Konzertprogramm erscheinen.

Abg. Böhnel ist der Ansicht, daß die Petition für unzulässig erklärt werden müßte, weil die Petenten noch nicht alle Rechtsmittel erschöpft hätten.

Abg. Dr. Schill wendet ein, daß es angesichts der bestehenden Vorschriften nicht angehe, die Petition für unzulässig zu erklären. Uebrigens sei zu bedenken, daß der Landtag nicht mehr ändern könne, wenn das Oberverwaltungsgericht bereits ein abweisendes Urteil gefällt hätte. In diesem Falle sei der Weg an den Landtag für die Petenten ungangbar.

Darauf beschließt die Kammer gegen eine Stimme, die Petition auf sich beruhen zu lassen.

Das gleiche Schicksal ereilt die Petition des Lehrers Stoh aus Tharandt um Anrechnung der dienstfreien Jahre auf die Alterszulagen.

Die Tagesordnung ist erledigt. Der Präsident ersucht darauf die Kollegen, zu einer vertraulichen Sitzung daubeizubleiben. In dieser hat man sich sicher mit der Ministerkrise beschäftigt.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr. Tagesordnung: Mehrere Kapitel aus dem Staatshaushaltsetat.

Die Aufsichtsratsmitglieder der Treberbergungs-Aktiengesellschaft auf der Anklagebank.

H. F. Rassel, 10. Februar 1902.
Stehenter Tag der Verhandlung.

Der Zuhörerraum ist heute bei Beginn der Verhandlung bei weitem nicht so voll als an den früheren Tagen. Gegen 9 Uhr vormittags eröffnet der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Barkhausen, wiederum die Sitzung. Es wird heute zunächst der Professor an der technischen Hochschule zu Aachen, Freyden, als Zeuge vernommen: Er habe aus Anlaß der Frehangriffe auf die Trebergesellschaft das Werk in Nantes besichtigt und den Eindruck erhalten, daß dort ein sehr gutes Holzmaterial erzielt werde. Er habe sich auch die Bücher vorlegen lassen und aus denselben ersehen, daß der Absatz ein sehr guter war. Da ihm gesagt worden, daß die Nachfrage nach Holzgerzeugnissen so groß sei, daß die Möglichkeit, den Bedarf zu decken, ganz ausgeschlossen war, so hatte er den Eindruck gewonnen, daß das Unternehmen ein sehr gutes war und die besten Aussichten für die weitere Zukunft biete. Staatsanwalt: Nehmen Sie die Besichtigung vor in der Absicht, Aktien zu kaufen? Zeuge: Nein, ich wollte nur untersuchen, wie weit die Frehangriffe begründet seien. Staatsanwalt: Sie bejahen aber Aktien? Zeuge: Ja wohl. Staatsanwalt: Haben Sie dieselben verkauft? Zeuge: Nein, ich besitze die Aktien noch.

Der folgende Zeuge ist Kaufmann und gerichtlicher Sachverständiger W. O. (Dortmund): Er habe auf Wunsch des Angeklagten Otto dessen Verhältnisse revidiert und eine heillose Verwirrung in denselben gefunden. Es war absolut nicht zu ersehen, was Otto und was der Trebergesellschaft bezw. Schmidt gehöre. Auf sein (des Zeugen) Frage habe ihm Otto gesagt: er habe die Wirkung auf Veranlassung Schmidts so angeordnet. Es machte auf ihn (Zeugen) den Eindruck, daß, wenn Schmidt Otto gesagt hätte, er solle 20 Millionen ins Aktium einstellen, ohne eine Grundlage dafür zu haben, er dies auch gethan hätte. Otto war von solchem Optimismus erfüllt, daß er zwischen dem Darlehen an die Trebergesellschaft und an Schmidt persönlich in den Büchern keinen Unterschied machte. Ich fand eine derartige Wechselkreuzerei, daß ich ganz erstaunt war. Ich habe auch Herrn Otto deshalb Vorstellungen gemacht, denn ich fand, daß die von Otto dem Schmidt gegebenen Wechselaccepte sein Vermögen weit überstiegen. Dem auswärtigen Amt wurde einmal von Otto ein Geschenk von 50 000 Mark zur Verwendung einer Stiftung gemacht, das jedoch nach Ausbruch des Konkurses wieder zurückgegeben wurde. Diese 50 000 Mark habe ich nach längerem Suchen auf dem Kontrahantenkonto gefunden, sie wurden schließlich auf das Abschreibungskonto gebucht. Ich hatte schon lange gehört, daß die Trebergesellschaft sehr bald Piaslo machen werde. Ich habe deshalb Otto mehrfach gewarnt und ihm gesagt, die Angriffe der Frankfurter Zeitung sind durchaus nicht grundlos. Ich hatte inzwischen auch in Erfahrung gebracht, daß durch Einstellung von fingierten Verkäufen in das Aktium der Trebergesellschaft Schmidt bemüht war, die Verluste zu verdecken und hohe Gewinne in die Bilanz zu stellen. Ich sagte Otto: Jagen Sie Schmidt zum Teufel, schiden Sie ihn, wenn Sie ihn nicht anders los werden können, nach Serbien oder Montenegro, da paßt er hin.

Buchhalter Borberg (Dortmund), der alsdann als Zeuge erscheint, bekundet: Er habe die Buchführung genau nach den Anweisungen Ottos vorgenommen. Der frühere Prokurist, Vorsteher der Finanzabteilung und eine Zeitlang Vorstandsmittglied der Trebergesellschaft, Bollmann, giebt zu, daß Accepte in die Bilanz eingestellt seien, um Debitorenkonten (Maschinenlieferungen) zu tilgen. Diese Accepte seien nach Genehmigung der Bilanz den Ausstellern bezw. Acceptanten wieder zurückgegeben worden.

Es wird alsdann Bankier Gustav Plant (in Firma Mauer u. Plant-Kassel) als Sachverständiger vernommen. Er habe die Einstellung von Accepten in die Bilanz, die nach der Bilanzgenehmigung aus den Büchern wieder verschwinden und den Wechselbarleihern zurückgegeben werden, für eine Ver-

schleierung im Sinne des Handelsgesetzbuchs. Dagegen halte er es für zulässig, Accepte eines wirklichen Schuldners in die Bilanz aufzunehmen. Er müsse bemerken, daß ein Blanko-Accept kein Wechsel unterschreibe.

Bankier Pfeiffer, in Firma L. Pfeiffer (Kassel), berichtet über Wechseltransaktionen von Hermann Sumpf, die dieser augenscheinlich machte, um eine günstige Bilanz der Gerullesbrauerei herzustellen.

Pastor Paul (Cuxhaven) bekundet wie der Vorzeuge, daß er den Angeklagten Schlegel als einen durchaus ehrenhaften Mann kennen gelernt habe.

Gegen 12 1/2 Uhr mittags tritt eine kurze Pause ein.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung wird mit der Verlesung der Briefe fortgefahren. Am 5. August 1898 schrieb Hermann Sumpf an Schmidt: Er habe soeben wiederum einen Artikel in der Frankfurter Zeitung gelesen. Er (Sumpf) sei doch der Meinung, daß dieser Artikel nicht unentdeckt bleiben dürfe. Man brauche ja die Angriffe nur teilweise zu widerlegen, auf das Publikum dürfte es alsdann den Eindruck machen, als wären alle Angriffe widerlegt. — Hermann Sumpf: Ich habe Schmidt mehrfach ermahnt, die Frehangriffe zu widerlegen. Schmidt lehnte dies aber stets mit dem Bemerkten ab: Die Konkurrenz beabsichtige mit den Frehangriffen einen Prozeß herbeizuführen und dadurch die Gesellschaft zu zwingen, ihre Fabrikations- und Geschäftsgeheimnisse vor Gericht preiszugeben. Deshalb sagte ich: es sei ja nicht notwendig, alle, sondern nur einige Angriffe zu widerlegen. — Am 26. März 1899 schrieb Schmidt an Schulze-Dellwig: Es ist durchaus notwendig, für die Bilanz Transaktionen vorzunehmen. Ich übersehe Ihnen zu diesem Zweck eine Tratte über 450 000 Mark zum gefälligen Accept. Ich werde Ihnen dafür Effekten der Gesellschaft geben, um das Effektenkonto zu entlasten. Den Wechsel werde ich, mit den Unterschriften von beiden Sumpf und Schlegel, an die Leipziger Bank geben mit der ausdrücklichen Bedingung, denselben nicht weiter zu geben. Herr Direktor Egner hat mir das bereits zugesagt. Auch die Effekten werde ich an die Leipziger Bank mit dem ausdrücklichen Vorbehalt geben, die Aktien gegen 5 Proz. Aufschlag wieder zurücklaufen zu dürfen. — Schulze-Dellwig: Schmidt sagte mir, derartige Transaktionen machen alle Banken, Sie können ganz unbedorrt sein, der Vorstand hat ja dafür eine bedeutend größere Verantwortung als der Aufsichtsrat. Ich sagte Schmidt: ich verstehe von solchen Dingen gar nichts, wenn Sie dies für gesetzlich zulässig halten, dann thun Sie es. Ich hätte eben zu Schmidt ein unbegrenztes Vertrauen.

Die Angeklagten Hermann und Arnold Sumpf erklären auf Befragen des Vorsitzenden, daß sie dem Schmidt für Aktien der russischen Lachergesellschaft Wechsel über je 600 000 Mark gegeben haben. Die Wechsel seien Anfang 1901 eingelöst worden. Der Angeklagte Schlegel giebt auf Befragen zu, daß er an Schmidt ein Wechselaccept über 175 000 Mark gegeben habe. Auch Otto giebt zu, ein Wechselaccept über eine sehr hohe Summe an Schmidt gegeben zu haben. Auf den Wechselbetrag könne er sich nicht mehr erinnern. — Es wird alsdann ein Brief Schmidts an Hermann Sumpf, der fast denselben Inhalt wie der an Schulze-Dellwig gerichtete hat, verlesen. In einem Briefe vom 4. Juni 1899 schreibt Hermann Sumpf an seinen Bruder Arnold: „Wenn die Verhältnisse in der Trebergesellschaft sich nicht bald anders gestalten, dann weiß ich nicht, was daraus werden soll.“ 1899 schrieb Schmidt an Schulze-Dellwig: Es ist uns diesmal gelungen, eine gute, flüssige Bilanz aufzustellen. Das ist aber nur möglich gewesen, daß die Aufsichtsratsmitglieder mir sämtlich Accepte gegeben haben. Diese Accepte müssen nun aber, so gern ich es auch verbinde, zurückgenommen werden. Es geht nicht gut an, daß, während wir jetzt ein Bankguthaben von sechs Millionen haben, wir im Juni Bankschulden verzeichnen müssen. Es macht das auch auf die Revisoren einen zu schlechten Eindruck. Ich erwarte im übrigen in den nächsten Tagen auch einen englischen Revisor.

Bankier Gustav Plant begutachtet danach: Die soeben erwähnte Transaktion sei eine schwindelhafte Scheinbung, durch die Entlastung des Effektenkontos und Herstellung eines Bankguthabens, bezw. Verminderung der Schuld an die Leipziger Bank habe der Vermögensstand der Gesellschaft eine vollständige Veränderung erfahren. — In einem Briefe von Schulze-Dellwig an Schmidt spricht ersterer von unheimlichen Accepten.

Nachdem noch einige Briefe verlesen, gelangt ein längerer Bericht des Angeklagten Otto zur Verlesung, in dem dieser ist alle Werte als unrentabel bezeichnet. Otto bemerkt: Er habe den Bericht auf Veranlassung des Direktors Schmidt geschrieben, um den Austritt des Chemikers Dr. Franz Schmidt aus dem Beamtenpersonal der Trebergesellschaft zu bewirken. — Weiter schreibt Otto an Schmidt aus Bad-Nauheim: Ich habe mir soeben an einem Artikel der Frankfurter Zeitung den Magen verdoeben. Diese Leute sehen uns doch sehr auf die Finger. Unseren Aktionären müßte jedenfalls dringend geraten werden, sich durch die Frehangriffe nicht bewegen zu lassen, ihren Aktienbesitz über Hals und Kopf zu verkaufen. Es muß den Aktionären klar gemacht werden, daß die Geschäftslage unserer Gesellschaft eine durchaus gute ist. Von einer Zeitungspolemik möchte ich abraten! Otto bemerkt: Ich habe der Frankfurter Zeitung den Vorschlag gemacht, sich entweder unsere Bücher in Frankfurt zur Prüfung vorlegen zu lassen, oder einen geeigneten Mann nach Kassel zu schicken. Beide Vorschläge wurden abgelehnt. Von einer Zeitungspolemik trict ich ab,

da ich der Ansicht bin, eine Zeitungspolemik kann mit Erfolg nur durch in dieser Beziehung erfahrene und sehr geschickte Leute unternommen werden. Internumt ein Laie in ungeschickter Weise eine solche Polemik, dann kann das einer ausländigen Gesellschaft nur schaden. — Inzwischen haben die Sachverständigen aus den Büchern festgestellt, daß von den von Hermann Sumpf für sein Accept über 600 000 Mark erhaltenen Effekten weder eine Schlussnote, noch eine Berechnung vorhanden, noch ein Kurstand angegeben worden sei. — Auf Befragen des Staatsanwalts bezeichnet der Sachverständige Bankier Plant derartige Geschäfte mit dem Vorstand und Aufsichtsrat als durchaus unzulässig. Zum mindesten hätte der Generalversammlung davon genaue Mitteilung gemacht werden müssen.

Die Verhandlung wird auf Dienstag vertagt.

Zur Ministerkrise

Neuen neue Nachrichten nicht vor. Obwohl die Krise ein Ereignis ist, das in Sachen ganz ungewöhnlich und seit den Zeiten Bismarcks Mitte der sechziger Jahre überhaupt unbekannt ist, befindet sich doch das Sachsenlandchen so ruhig, als wenn gar nichts passiert wäre. Den patriotischen sächsischen Philistern kann nichts aufregen. Das beweist allerdings nicht nur, wie stumpfsinnig das Bürgertum bei uns ist, sondern auch, wie gleichgültig es dem ganzen reaktionären Getriebe gegenübersteht. Allerdings ist auch nicht zu verkennen, daß der Ministerkrisis eine andere Bedeutung als einem häuslichen Streite der Reaktionsäre untereinander nicht beizumessen ist.

Wie es heißt, hat der Ministerialdirektor Dr. Diller vom sächsischen Finanzministerium sein Abschiedsgesuch eingereicht, während das des Ministerialdirektors Ritterstädt erwartet werde. Außer diesen höheren verantwortlichen Beamten haben, wie bereits gemeldet, mehrere untergeordnete Beamte um ihren Abschied nachgesucht. Da auch der Finanzminister gehen wird, so wird das Land die Differenz zwischen der Kammer und dem Ministerium in Gestalt einer nicht unbeträchtlichen Erhöhung des Pensionsetats zu fühlen bekommen.

Als Nachfolger v. Waidorfs sind bisher genannt worden der unvermeidliche Wehnert, der natürlich die wenigste Aussicht hat, der Oberbürgermeister Ventler-Dresden, der Oberbürgermeister Dr. Ved. Chennit und der Direktor im Auswärtigen Amt zu Berlin, v. Körner. Wenn die Leipziger neuesten Nachrichten heute schreiben, es denke „niemand daran, dem Könige bestimmte Minister zu oktroyieren“ und wenn sie es „mit Genugthuung“ begrüßen, daß nach den bisherigen Nachrichten keine der leitenden parlamentarischen Persönlichkeiten berufen würde, um an die Stelle des scheidenden Ministers zu treten, so sind wir geneigt, darin mehr einen Ausdruck der Bosheit gegen den strebsamen Paul Wehnert, als einen Ausdruck der Loyalität zu erblicken.

In der geheimen Sitzung der Zweiten Kammer, die sich gestern an die ordentliche Sitzung angeschlossen, wurde nach den Dresdener Nachrichten der gestern auch von uns wiedergegebene Artikel des Dresdener Journals durchgehakt. Hinsichtlich der Ministerkrisis nahm man „allseitig“ an, daß Minister v. Waidorff aus seiner Stellung scheiden werde, während man ungeachtet der mit der ministeriellen Erklärung geschaffenen formellen Schwierigkeiten hoffte, daß alle anderen Minister in ihren Ämtern verbleiben. Der ganze Streit ist also bereits auf eine Formfrage zurückgeführt worden.

Die Dresdener Zeitung sieht die Krise etwas ernster an. Nach ihr hat Herr v. Weis nicht nur die Absicht, sich ins Privatleben zurückzuziehen, sondern es sollen auch noch andere „weischichtige“ Erwägungen eine Rolle spielen.

Der stille Konflikt zwischen dem Meibinger Jagdklub (H) und der sächsischen Regierung, so schreibt das Blatt, ist lange vorbereitet, und allmählich steigt man, was die Beteiligten wollen. Die konservativ-agrarische Mehrheit hat die 270 Millionen für unrentable Bahnbauten auf dem Gewissen, und nicht die sächsische Regierung, die sich zwar mit tabellarischer Schärfe, aber wider ihren Willen von den interessierten Ständen zu diesen schier unbegreiflichen Bahnbauten hat drängen lassen. Nun sucht die konservativ-agrarische Mehrheit mit Bauernschlaucht und großer Rücksichtslosigkeit in ihrem Interesse und zur Wahrung ihrer Haut die ganze Schuld auf die Staatsregierung zu wälzen. Das gelingt ihr auch scheinbar; aber auch nur scheinbar, denn die Dinge spielen sich nach genaueren Informationen ganz anders zu. Uebrigens geht man nicht fehl, wenn man Herrn v. Weis noch eine andere Erwägung unterlegt. Er sieht ein, und das Dresdener Journal bestätigt dies, daß in den Kreisen der verschiedenen Ministerien nur Klarheit darüber herrscht, was man für einen großen Fehler mit der Beherrschung des Bahnbrechtes begangen hat. Die Herren des Meibinger Jagdclubs waren schlauer, als sie die Regierung auf diese gefährliche Brücke treten ließen. Sie wußten, daß das brutale Experiment sicher zu ihrem Nutzen ausfallen würde. (Und das alles haben die Nationalliberalen mitgemacht! Red. d. B.-Blg.) Was dabei aus der Regierung des Landes werden

Das goldene Vließ, deren dritten Teil die Medea bildet, sollte nach des Dichters eigenem Geständnis eine Mischung des klassischen und des romantischen Elementes werden. Das klassische Element fühlen wir in dem strengen jonsischen Säulenbau der Handlung, in dem stilvollsten edlen Wäldergeranke der Sprache unschwer heraus. Was darüber hinausgeht, empfinden wir heute aber eher modern als romantisch. Die mythische Idee der Trilogie — der Fluch eines geraubten geheimnisvollen Schatzes — haben Hebbel und Wagner in uns lebendig gehalten. Grillparzer hat lange vor ihnen ihre dramatische Gewalt erkannt. In seiner Selbstbiographie, die für sein inneres Leben eine ebenso lautere, wie für sein äußeres eine fromm gerührte Quelle ist, nennt er seinen Stoff den größten, den je ein Dichter behandelt hat. „Das goldene Vließ“, sagt er weiter, „war mir als ein sinnliches Zeichen eines ungerechten Gutes, als eine Art Nibelungenhort, obgleich an einen Nibelungenhort damals niemand dachte, höchst willkommen.“ Wie Grillparzer den ungeheuren Stoff, trotz seiner theoretischen Bedenken nur in einem ganzen Opfus von Dramen bewältigen konnte, so erging es später Hebbel und Wagner mit der dramatischen Ausgestaltung seines germanischen Gegenstandes. Nun haben Grillparzers und Hebbels moderne Genies die Stoffe durch ihre Behandlung einander noch näher gebracht, als sie vielleicht — es soll hier nicht vergleichende Mythologie getrieben werden — eigentlich ursprünglich sind. Auf dem Zwiespalt zwischen dem Frühlingsmorgen christlich-deutscher Kultur und der Winternacht nordischen Zauberwesens hat Hebbel in Siegfrieds Tod seine tragischen Gegensätze aufgebaut. Der Zwiespalt zwischen der heiteren Kulturwelt der Griechen und der barbarisch-finsternen Zauberwelt von Kolchis dient in Grillparzers Medea gleichem Zwecke. Dem gleichen künstlerischen Instinkt folgend, hat Grillparzer seiner Medea, Hebbel seiner Brautbild die Amme mitgegeben. Gora und Frigga verkörpern das starre eingetretete Barbarentum, den unabänderlichen festen Punkt, während ihren jugendlichen Herrinnen drüben, ebenso fest und dauernd gegründet, die helle Welt der anderen Iokt. Dort der Ausgangspunkt, hier das Ziel, beide zum Greifen deutlich. Mit äußerster dramatischer Spannung erwartet man, wie weit es Brautbild-Medea gelangt, sich von jenem zu entziehen, um dieses zu erreichen.

Medea fällt. Vergebens müht sie sich ab, die zierliche Kunst der Weichheit zu lernen. Grauen und Verwüstung ist das Ende. So wird Grillparzers Werk die eigentliche Tragödie des Rassengegenstandes, wie sie vielleicht nur im ureigensten Lande der nationalen Gegensätze geboren werden konnte. Dabei war Grillparzer

kein romantischer Nationalgeist, sondern ein klassischer Weltbürger. Die Empfindung, die sich uns heute beim Ansehen seines Stückes unwiderstehlich aufdrängt, ist ihm beim Schaffen kaum mit derselben Deutlichkeit zu Bewußtsein gekommen.

Und noch in einem zweiten Punkte überrascht uns die Vorahnung späterer Gedankengänge. Jason ist freilich kein Hagen, kein Siegfried, noch viel weniger ein Holofernes. Aber Medea schildert ihn einmal Kreuzen als eine Kraftgestalt, ähnlich jenen späteren Figuren Hebbels, die, jenseits von Gut und Böse stehend, nach eigenen Gesetzen ihre übermenschlichen Kräfte sich ausleben lassen: Nur er ist da, er in der weiten Welt, Und alles andre nichts, als Stoff zu Taten. Voll Selbstheit nicht des Nutzens, doch des Sinns, Spielt er mit feinem und der andern Glück. Lockt's ihn nach Ruhm, so schlägt er einen tot, Will er ein Weib, so holt er eines sich, Was auch darüber bricht, was kimmert's ihn! Er thut nur recht, doch recht ist, was er will.

Zu diesem Idealbild steht nun freilich der wirkliche Jason in seltsamem Widerspruch. Denn Jason thut in dem dritten Teil der Tragödie nichts, was er will, sondern er überläßt es Kreon, sein Schicksal zu spielen, denn er sich willens unterwirft. Die feste Geschlossenheit männlicher Charaktere liegt Grillparzer nicht. Den Golo, Lohalb, Meister Anton und den schon genannten Gestalten Hebbels steht bei ihm die Reihe der Jaronir, Phaon, Jason, Ottolar, Rusan gegenüber, lauter leichtbewegliche, sprunghafte Charaktere. Wo dieses lebhaft und bewegliche Temperament zur Festigkeit erstarrt und nur nach einer Seite ausgebildet erscheint, verzerrt er sich ins Schrullenhafte und Barocke wie bei Bankrott und Rudolf II. In ihnen allen steckt ein Stück von Grillparzers ureigenster Persönlichkeit, und ihre Entwicklungsbahn spiegelt die Tragödie eines Dichterslebens wieder, das mit den frühesten Hoffnungen begann, um in resignierter Vergebenheit zu enden.

Die Ketten dieser Dichtertragödie zeigen sich auch schon in der äußeren Geschichte der Trilogie vom goldenen Vließ. Aus der Freude über seine ersten stürmischen Erfolge und der Verbesserung seiner wirtschaftlichen Existenz hat er die Kraft zu seinem Nibelungenwerk geholt. Krankheit und Verdrießlichkeit im Amte haben an seiner Schaffenskraft genagt, das entsehlige Ende seiner Mutter hat sie auf lange hinaus gelähmt. Eine Reise nach Italien förbert als Frucht sein höchst antichristliches Gedicht: In den Ruinen

des Campo Vaccino und wird damit zum Quell neuer Konflikte. Im Wartezimmer des Polizeipräsidenten vor einer stürmischen Auheng schreibt er in Hast mit Bleistift das berühmte Vließchen des Jason: O, ihr Götter, ihr hohen Götter. . . Im Jahre 1818, als Siedenhundzwanzigjähriger, hatte er begonnen. Am 26. und 27. März 1821 ging das vollendete Werk im Wiener Burgtheater zum erstenmal über die Scene — mit möglichem Beifall. Bei der nächsten Wiederholung, die nach einem uns unverständlich gewordenen Brauche zum Benefiz des Dichters gegeben wurde, blieb das Haus zur Hälfte leer.

Und doch war in einem Sinne der Erfolg des Goldenen Vließes und besonders der Medea für den Schöpfer ein letztes Glück. „Diese Medea“, so schreibt er wehmütig, „ist das letzte meiner Stücke, welches einen Weg auf die nichtsterretischen Bühnen uneres deutschen Vaterlandes gefunden hat.“ Das ist seitdem besser geworden, aber nicht gut. Noch immer glaubt neuparlamentarischer Stumpfsinn dem dritten deutschen Kaiser einen Klebs anzuhängen, wenn er ihn den „deutsch-österreichischen Dichter“ nennt.

Der Stumpfsinn besteht freilich nur darin, daß man den größeren Nachdruck auf das erste Wort, statt auf das zweite legte. Gerade das allgemeine Menschliche in Grillparzers Tragik, die süße Weichheit mit herbster Schroffheit vereint und von der zarresten Idylle bis zum wildesten Ausbruch der Leidenschaftens schwimmt, macht ihn zu einem Dichter, der nicht nur der ganzen deutschen Nation gehört, sondern den auch diese Nation der ganzen Welt stolz als den ihren zeigen darf.

Bei der gefirgten Aufführung der Medea blieb das kleine Carolatheater gut zur Hälfte leer. Hatte das Repertoire des Stadttheaters eine so starke Anziehungskraft ausgeübt — man gab es im Trompeter von Säckingen und Alt-Heidelberg — oder war es ein Maskenball, ich weiß es nicht. Es war noch leerer als nentlich im Alten Theater bei Maria Magdalena. Das Erforderliche über diesen Punkt ist neulich erst gesagt worden.

Die Aufführung hielt sich auf der vornehmsten Höhe. Herr v. Gerlach, der begabte Regisseur der akademischen Theaterabende, hat sich seine Leute gut ausgewöhnt verstanden. Er war auch im Zugreifen nicht blöde und nahm gerade die besten. Daß das Ensemble aus drei Weltgegenden zusammengeblasen war, machte sich kaum bemerkbar. Nola Poppe vom königl. Schauspielhaus in Berlin, die am 12. und 13. April als Amalie in den Räubern in Paris gastieren wird, darf man geruhig zehen lassen, um bei

hante, berührte ja die agrarisch-konservative Parteipolitik nicht. Die Demonstrationen des Dresdener Journals kommen jetzt zu spät, und sie entlocken den Herren, wie man aus der heutigen parlamentarischen Antwort in den Dresdener Nachrichten ersieht, nur ein mittelbühniges Lächeln. Die Drohungen mit einer Rückbildung des verordneten Wahlrechts verfangen eben bei den Herren nicht; wissen sie doch, daß ohne sie und ihre gefällige Mehrheit in den Kammern nichts geändert werden kann. Herr v. Weisbach sagt sich, daß es eine alte diplomatische Regel ist, aus jeder politischen Lage um seiner selbst und der Zukunft willen stets die sachliche Konsequenz zu ziehen. Er kann seinen heimlichen Gegnern, die hier in Meibingen und in der Berliner Deutschen Tageszeitung sitzen, keinen höheren Streich spielen, als wenn er ihnen von nun an die ganze Verantwortung für die geschaffene Lage aufbürdet. Und das scheint er zu wollen.

Ob die Dresdener Zeitung die Absichten des präsidierenden Ministers richtig wiedergegeben hat oder nicht, mag dahin gestellt sein. Jedenfalls ist es richtig, daß die Regierung — und das hat sie verdient! — ein Opfer der Landtagslotterie geworden ist. Angesichts der ganzen Lage wäre es das einzig Richtige, wenn v. Weisbach auf seinem Rücktritt beharrte. Es ist jedoch viel wahrscheinlicher, daß der „Meibinger Jagdclub“ recht behalten und das Ministerium bis auf den Finanzminister ins Amt zurückziehen wird. Sollte aber der „Meibinger Jagdclub“ Sieger in dem Streite sein, so wären die Nationalliberalen wieder einmal die Gefoppten, denn obgleich es sich bei dem Streit um eine Intrigue der Hofratsgesellschaft handelt, haben sich doch die Nationalliberalen nicht nur als treue Freunde der Konservativen gezeigt, sondern ihrem Wortführer Schill war es auch überlassen, den Ratschlägen der Mehrheit und Genossen durch seine staatsrechtlichen Auseinandersetzungen die juristische Form zu geben. Dr. Schill ist dabei allerdings auch ganz logisch verfahren, denn die Nationalliberalen haben ja alles das, was die Dresdener Zeitung den Konservativen vorwirft, mitgemacht, sie sind also an der ganzen Situation mitschuldig. Hier zeigt es sich recht deutlich, daß die Nationalliberalen in der Kammer weiter nichts sind als ein willkürliches Anhängel der Konservativen. Die Dresdener Zeitung hat jedenfalls mit ihrer Darstellung der Entstehung und Entwicklung des Streites im allgemeinen nicht unrecht, aber unlogisch ist es, die Wirksamkeit für die Nationalliberalen mitverantwortlich sind, nur den Konservativen aufs Conto zu setzen. Was die „Beteiligten“ wollten, hat man gewiß schon lange gesehen, das Begehrende aber ist eben, daß nur die Kammernationalliberalen das nicht gesehen haben. So spotten die Nationalliberalen ihrer selbst und wissen nicht wie.

Das Zwickauer Wochenblatt sagt zu den Ausführungen des Dresdener Journals und des Sachsenspiegels:

Hier wird schon klar ausgesprochen — was in den Auslassungen des Dresdener Journals nur zwischen den Zeilen zu lesen war — daß es sich in dem Konflikt lediglich um eine Kraftprobe zwischen dem herrschenden Konservatismus und dem Mehrheitskonservatismus und dem Ministerium handelt. Unsere Ausführungen vom Sonnabend, in denen wir schon auf diese wahrscheinliche Bedeutung der Krise hinwiesen, stimmen demnach mit den tatsächlichen Verhältnissen in jedem Punkte überein. Ob es unter solchen Umständen für die nationalliberale Kammerfraktion nicht das Geratene gewesen wäre, den Konservativen den Ansturm gegen das Ministerium allein zu überlassen, als mit ihnen durch die und bündig zu gehen um den Preis einer wohlfeilen Popularität, das wollen wir jetzt nicht zum Gegenstand der Diskussion machen.

Nach einem in Reichstagskreisen kursierenden Gerüchte wäre der Geheim Legationsrat v. Kötner in Berlin zum Finanzminister ernannt worden.

Gerichtssaal.

Landgericht.

Leipzig, 8. Februar.

Wegen Hausfriedensbruchs, Körperverletzung und Nötigung hatten sich vor der zweiten Strafkammer der schon mehrfach bestrafte 30 Jahre alte Kellner Paul Julius Goldmann aus Rüstzin und der 23 Jahre alte Kellner Waldert Hauptmann aus Zeitzern zu verantworten. Die beiden betreten in der siebenten Abendstunde des 25. November den Laden des Kleiderhändlers Schm. in der Fleischergasse, obwohl Schm. dem Goldmann schon früher seinen Laden zu betreten verboten hatte, weil er nicht kommt, um etwas zu kaufen, sondern nur, um Unfug zu treiben. Auf das Verlangen G. S. Schm. soll ihm eine Hofe zum Kaufe vorlegen, forderte ihn dieser mit der Bemerkung auf, den Laden zu verlassen, daß er an ihn nichts verkaufen wolle. Als G. der mehrfachen Aufforderung, den Laden zu verlassen, nicht nachkam, ging der Kellner Schm. S. nach der Thür, um einen Schuttmann zu holen; dies merkte G. und er faßte den L. an der Kehle, würgte und bedrohte ihn. L. riß sich aber los und G. ging ihm bis auf die Straße nach. Mittlerweile hatte Schm. den noch im Laden befindlichen Hauptmann hinausgedrängt und hielt die Thür von innen mit dem Fuße zu. Die beiden drückten jedoch die Thür wieder auf und schlugen Schm. in den Fäusten auf den Kopf und ins Gesicht, daß er Beulen davon trug. Als L. mit einem Schuttmann kam, rissen die Rowdys aus und gingen in ein in der Nähe befindliches Café, wohin ihnen der Schuttmann folgte. Hier leisteten sie der angekündigten Arretur energischen Widerstand, wobei im Café anwesende Gäste ähnlichen Kalibers wie die beiden Beihilfe leisteten. Die beiden Feldes bestreiten das ihnen in der Anklage zur Last Gelegte, wurde aber durch Zeugenaussagen über-

franzosen das Zeichen deutscher Kunst zu weisen. Ihre Medea wird jedem, der sie gesehen hat, unvergesslich bleiben. Sophie Wachner, ebenfalls vom Königl. Schauspielhaus, verstand die Klappen zu umschiffen, an denen so viele andere scheitern mögen. Ihre Kreuze ist heiter und lebendig, ohne nüchtern und hausbacken zu sein. Um die Wirkung des zweiten Aktes hat sich Herr Wärtler vom Wiener Hofburgtheater als Herold sehr verdient gemacht. Auch Paul Pauly vom Berliner Schillertheater als Krenos und Uta Stephan als Gora waren auf ihrem Platze. Herr Emil Blöb vom Hoftheater in Stuttgart hatte als Ioson keine dankbare Rolle. Jedenfalls hätte eine minder modern-aktuelle Maske auch die Wirkung seines Spieles gehoben.

Mit der Zusammenziehung des vierten und fünften Aktes kann ich mich nicht einverstanden erklären. Gewiß hat der Dichter in ihrer Konzeption einen Fehler begangen. Er verlangt noch eine Verwandlung, da das Interesse an dem rein Tatsächlichen befriedigt ist und nur die feilische Entwicklung des Feldes und der Feldin bis zur tragischen Vernichtung geführt werden soll. Die inneren Stimmen aber, die Tage später in der schweigenden Wildnis laut werden, klingen verfrüht in das Gepirke des Burgbrandes. Es heißt aber den Lauf mit Begehren austreiben, wenn man objektive psychologische Unmöglichkeiten schafft, um dem Publikum über seine objektive-psychologischen Unmöglichkeiten hinweg zu helfen.

Friedrich Stampfer.

führt. Goldmann wurde zu drei Monaten und einer Woche und Hauptmann zu zwei Monaten und drei Wochen Gefängnis verurteilt.

Ein Heiratschwindler. Vor der vierten Strafkammer stand der mehrfach, darunter mit sechs Jahren Zuchthaus bestrafte, 1866 in Baumgarten geborene Papierer Joh. Franz W. v. H., verheiratet und Vater zweier Kinder, wegen Betrugs. Auf eine Annonce in hiesigen Zeitungen, die das Stubenmädchen K. hier zwecks Verheiratung erlassen hatte, meldete sich W. unter dem Vorgeben, daß er ledig sei und sich selbständig machen wolle, dann werde er sie heiraten; in Wirklichkeit war es ihm nur um die Erbschaft der K. zu thun. Er erzählte ihr, daß er am 1. Dezember 500 Mk. und am 1. April 1902 1000 Mk. von zu Hause erhalten würde und dann würde er sie heiraten. Die K. schenkte ihrem zukünftigen Ehemann volles Vertrauen und gab ihm nach und nach in verschiedenen Raten 115 Mk. Auch wenn die beiden Brautleute Sonntags ausgingen und er nicht bei Kasse war, gab sie ihm ihr Portemonnaie zur Zahlung der Besche. Im September hatt W. eine leerstehende Wohnung im Auftrage seines Arbeitgebers in der Kohlenstraße zu tapezieren und lernte hierbei die 38 Jahre alte Gr. kennen, die die Wohnung zu reinigen hatte. Auf seine Frage, ob sie nicht heiraten wolle, bekam W. eine bejahende Antwort, und nun erkundigte er sich genau nach ihren Vermögensverhältnissen, denn nur um ihr Geld war es ihm zu thun. Schon am anderen Tage sandte er einen Knaben mit der Bitte, ihm 20 Mk. zu leihen, zu ihr, da er einen von hier abreisenden Cousin 100 Mk. borgen wolle. Die Gr. rückte die 20 Mk. aber erst heraus, als W. selbst kam. Durch denselben Schwindel wie mit der K. gelang es W., von der neuen Braut nach und nach 150 Mk. zu erhalten, immer angeblich um eine eigene Werkstelle zu erhalten und einzurichten. Auch die Besche bezahlte die Gr. immer, wenn sie von ihrem Bräutigam ausgeführt wurde. Als die Gr. dem W. schon etwa 80 Mk. geborgt hatte, erfuhr sie, daß ihr Bräutigam verheiratet sei und auf seine bloße Versicherung hin, er werde sich von seiner Frau scheiden lassen und sie dann heiraten, gab Gr. ihm noch 70 Mk. Auch hatte sie nichts dagegen, daß W. größere Beträge von ihrem Sparkassenbuch abhob, als er ihr zuvor angegeben hatte. Mit Rücksicht auf den großen Vertrauensbruch verurteilte das Gericht W. zu einem Jahr drei Monaten Gefängnis und fünf Jahren Ehrenrechtsverlust.

Leipziger Angelegenheiten.

Leipzig, 11. Februar.

Der Fleischverbrauch in Leipzig. Neulich wurde mitgeteilt, daß der Fleischverbrauch im Jahre 1901 gegen das Vorjahr um etwa 2 Kilogramm pro Kopf der Bevölkerung abgenommen habe. Es werden jetzt darüber nähere Ziffern bekannt gegeben, aus denen hervorgeht, daß die Abnahme im Fleischverbrauch sogar annähernd 2 1/2 Kilogramm pro Kopf beträgt.

Die Zahl der Schlachtungen war folgende:

	1900	1901	mehr	weniger
Rinder . . .	31140	31545	405	—
Rälber . . .	71569	71672	108	—
Schafe . . .	54663	54694	31	—
iegen . . .	208	217	14	—
Schweine . . .	157734	149844	—	7890
Pferde . . .	1839	2248	409	—
Hunde . . .	15	24	9	—
Zusammen:	817163	810244	6919	7890

— 6919

Bei diesen Ziffern ist zu berücksichtigen, daß die durchschnittliche Bevölkerungsziffer von 452000 im Jahre 1900 auf 462000 im Jahre 1902 stieg. Trotz dieser Bevölkerungszunahme fiel die Zahl der geschlachteten Schweine um 7890. Dieser Abnahme sieht nur eine geringfügige Zunahme um 971 andere Schlachttiere gegenüber, wobei am ehesten bezeichnend der Umstand ist, daß die Zahl der geschlachteten Pferde sehr erheblich zugenommen hat. Im Durchschnitt der drei Jahre 1898 bis 1900 wurden jährlich 1850 Pferde geschlachtet, im Jahre 1901 dagegen 409 Stück Pferde mehr. Es ist so nicht nur eine quantitative, sondern auch eine qualitative Verschlechterung in der Volksernährung eingetreten, von der natürlich hauptsächlich die besitzlosen Bevölkerungsschichten betroffen worden sind.

Die Gesamtmenge des Fleisches der im Schlachthofe geschlachteten Tiere und des frisch eingeführten Fleisches und der hiernach berechnete Fleischverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung bezifferte sich wie folgt:

	Gesamtmenge des Fleisches		Verbrauch pro Kopf der Bevölkerung	
	1900	1901	1900	1901
Rindfleisch	10442561 kg	10448478 kg	23,10 kg	22,92 kg
Kalbfleisch	8561545 "	8812138 "	7,88 "	8,25 "
Hammelfleisch	1579227 "	1603758 "	3,50 "	3,47 "
Schweinefleisch	14238816 "	13464833 "	31,40 "	29,14 "
Zusammen:	29817149 kg	29829247 kg	65,97 kg	65,48 kg

Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet, ergibt sich also nur im Verbrauch des Kalbfleisches eine geringfügige Zunahme (+ 0,37 kg), dagegen hat abgenommen der Verbrauch des Rindfleischs um 0,48 kg, des Hammelfleisches um 0,03 kg und des Schweinefleischs um 2,35 kg. Was den Gesamtverbrauch anbetrifft, so ergibt sich eine Abnahme von fast genau 2,5 kg oder 5 Pfund pro Kopf der Bevölkerung.

Ein Bild von der Entwicklung des Verkehrs auf dem städtischen Schlachthof seit der Einverleibung der Vororte giebt folgende Aufstellung. Es wurden geschlachtet:

Jahr	Rinder	Rälber	Schafe	iegen	Schweine	Pferde	Hunde	Zusammen
1891:	21149	55142	40877	170	88569	1075	96	207073
1892:	21048	57277	41072	219	92079	1169	65	212956
1893:	22072	60790	48447	165	97087	1224	20	224805
1894:	22570	57894	45719	175	102192	1058	22	229680
1895:	22918	57427	44154	207	111077	961	24	236768
1896:	24290	61966	46085	197	126310	1118	11	260512
1897:	27191	67961	49559	235	132062	1530	18	278551
1898:	28304	67870	51568	254	131702	1821	12	281529
1899:	29540	69686	52472	205	142907	1869	18	296672
1900:	31140	71569	54663	208	157734	1839	15	317163
1901:	31545	71672	54694	217	149844	2248	24	310244

Am Revision der Bundes-Zunobersicherung hat der Verband sächsischer Hausbesitzervereine zu Gemüth wiederholt beim Landtag petitioniert. Die Beschwerde- und Petitionsdeputation der Zweiten Kammer ist der Meinung, daß die von der Regierung abgegebene Erklärung, die Beiträge zu den Feuerlöschklassen erhöhen und die besonderen Beiträge für Explosionsgefahr aufheben zu wollen, demjenigen entsprechen, was billigweise von den Petenten ver-

langt werden könne. In diesem Sinne beantragt die genannte Deputation, die Kammer wolle beschließen, die Petition des Verbandes der sächsischen Hausbesitzervereine der Staatsregierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. — Von der Erhöhung der Beiträge zu den Feuerlöschklassen werden in erster Linie die drei Großstädte einigen Vorteil haben, die freilich auch für ihre Feuerlöschrichtungen alljährlich bedeutende Ausgaben haben.

Wahlberechtigung für die Gewerbekammer. Dem schon mehrfach erwähnten Streit, ob der Buchdruckereibesitzer Julius Mäfer bei der Wahl zur Gewerbekammer wahlberechtigt ist, hat jetzt die Kreisbauernschaft durch eine Entscheidung ein Ende gemacht, in der es heißt: Zur Wahl von Handwerker-Handmännern zur Gewerbekammer sind die Mitglieder einer Handwerker-Zunft, sowie sonstige Handwerker, sofern sie mit einem Einkommen aus Gewerbe zur Staatseinkommensteuer von mehr als 600 Mk. eingeschätzt sind und zwar auch dann berechtigt, wenn dieses Einkommen den Betrag von 3100 Mk. übersteigt und wenn die betreffenden Gewerbetreibenden als Inhaber oder Teilhaber einer Firma im Handelsregister eingetragen sind. Es genügt also einfach die Mitgliedschaft bei einer Handwerker-Zunft zur Wahlberechtigung für die Gewerbekammer. In Betracht kommt hierbei nicht, ob der betreffende Gewerbetreibende einer Zwangsinnung oder einer freien Innung angehört.

Die Kredit- und Sparkant beschloß die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung auf den 6. März. Angesichts der über das Institut verbreiteten ungünstigen Gerüchte wird die Verwaltung den Aktionären Ausschluß geben. Auf der Tagesordnung stehen zwei Anträge zwecks Vermehrung der Barmittel und zwar: 1. durch Herabsetzung des Aktienkapitals in noch zu beschließender Form eventuell durch Zuzahlung auf die Aktien, oder 2. Erhöhung des Aktienkapitals durch Ausgabe neuer Aktien.

Zum Kampf gegen die Leipziger Konsumvereine wird mitgeteilt, daß das Amtsgericht Leipzig es abgelehnt hat, gegen die hiesigen Konsumvereine wegen angeblicher Ungefälligkeiten einzuschreiten, ebenso hat die Kreisbauernschaft keine Veranlassung gehabt, gegen einige hiesige Konsumvereine wegen angeblicher Übertretung des Genossenschaftsgesetzes einzuschreiten. Die edlen Denunzianten sind abgeblüht.

Die Masern-Epidemie herrscht in Connewitz so stark, daß in der 27. Bezirksschule sechs Klassen geschlossen werden mußten.

Ein Vermächtnis von 75 000 Mk. ist in jüngster Zeit der Universität zur Förderung von wissenschaftlichen und Studienzwecken zugefallen.

Der achte literarische Abend des Volksvereins für Plagwitz-Lindenan erfreute sich wiederum eines außerordentlich zahlreichen Besuches. Der Abend war drei weltlichen Vertretern der Dichtkunst gewidmet. Genosse Hennig schilderte den Anwesenden das schmerz- und leiberfüllte Leben der Johanna Ambrosius, dem einige Verse der Dichterin folgten. Der zweite Teil brachte eine knappe Lebensskizze und einige kampfesmutige, herzerfrischende Verse der Klara Müller, während der Rest des Abends dem Leben und den Werken der italienischen Dichterin Uta Negri gewidmet war. Den Schluß bildeten Dialektbildungen aus Mitteldeutschland, so aus der Pfalz, der Lausitz und Thüringen.

Wegen der Gefährdung eines Eisenbahntransports wurde ein 21 Jahre alter Geschirrführer aus Schönau zur Verantwortung gezogen. Der Betroffene war trotz der Läute- und Pfeifensignale eines Güterzuges über den Bahnkörper der nach dem Bayerischen Bahnhofe führenden Plagwitz-Verbindungsbahn gefahren. Nur durch die Geistesgegenwart des Lokomotivführers, der rechtzeitig Gegen Dampf gab, war ein Unglück verhindert worden.

Von zwei unbekanntem Männern, die sich als Herr und Knecht ausgaben, wurden Mitte vorigen Monats im Gasthofe zu Schönau ein gelbbraun angefarbener Prschwagen eingestellt, auf dem sich 2 Pferdegeschirre mit Spiklunmetern, 4 Pferdebeden und 1 brauner Regenmantel befanden. Mit den beiden Pferden, die vor das Geschirr gespannt waren, haben die beiden sich alsbald wieder entfernt, angeblich um sie in Leipzig oder Lindenan zu verkaufen oder zu vertauschen. Die Unbekannten sind aber bis jetzt noch nicht wieder in den Gasthof zurückgekehrt. Der eine von ihnen war etwa 40 Jahre alt und von langer, schwächlicher Gestalt, der andere unterseht und barlos.

Uhrendiebin. Eine unbekannte Frauensperson ließ sich in einem Uhrengeschäfte der Weissenfeller Straße in Plagwitz Uhren und Ketten zur Ansicht vorlegen. Sie kaufte aber nichts und entfernte sich wieder. Späterher vermißte der Ladenhaber eine goldene Damen-Remontouruhr mit der Nummer 135 763, sowie eine gelbe Damenhalbkette mit Schieber in Gestalt eines Taubhens. Die Diebin war 25 bis 30 Jahre alt, von kleiner, kräftiger Gestalt, hatte schwarzes Haar und gebräuntes Gesicht. Sie trug einen braunen Kopfschal, dunkles Jackett und ein grünes oder blaues Kleid.

Durch Erhängen entlebte sich gestern ein 50 Jahre alter, aus Thierfeld bei Gartenstein gebürtiger Handarbeiter in seiner in der Löbniger Straße gelegenen Wohnung. Der Beweggrund zum Selbstmorde war Krankheit.

Kleine Polizeinachrichten. Eine unbekannte Diebin, die sich Elsa Grohe nannte, hat aus einem Gasthaus der Kleinen Fleischergasse ein Damenjackett von schwarzem Winterstoff, einen schwarzen Damenhut von Sammet, mit blauer Seide und weißer Feder ausgeputzt, sowie verschiedene andere Kleidungsstücke gestohlen. In der Nacht zum 8. d. M. ist von einer Promenadenbank am Täpferplatz ein langer Winterüberzieher von glattem, schwarzem Stoffe, in dessen Taschen sich eine Studententarte befand, gestohlen worden.

Aus einem Garbenerbaum im Brühl ist ein goldener, samaler Brillantring im Werte von 150 Mk., im Innern F. K. Ostern 1900 graviert, abhanden gekommen.

Von einem Kollwagen wurde gestern nachmittag ein Ballen Tuch entwendet.

In der Zeit vom 9. zum 10. d. M. ist aus der Schlafstube einer Wohnung der Gerberstraße eine goldene Damen-Remontouruhr samt einer kurzen, goldenen Kette mit Perganhängeln gestohlen worden.

In Plagwitz-Lindenan fiel gestern Abend ein 16 Jahre alter Borker infolge eigener Unvorsichtigkeit über einen hartgefrorenen Schneehaufen und brach dabei den rechten Unterarm. Der Verunglückte wurde mittels Wagens in das Plagwitz- Krankenhaus gebracht.

In der Bayerischen Straße verunglückte gestern Abend der Führer eines Fleischergeschirres einen Zusammenstoß seines Geschirres mit einem Motorwagen. Letzterer wurde dabei leicht beschädigt. Personen sind nicht verletzt worden.

Gestern Abend in der neunten Stunde trafen Passanten im Scheelsholze eine 79-jährige, nur schwach gealterte Frau umherirrend an. Man brachte sie, wie sich herausstellte geisteschwache Frau in das nahe Rembrandtrestaurant, von wo sie von ihren in der Südvorstadt wohnenden Angehörigen abgeholt wurde.

Aus der Zimmerstraße wurde in den heutigen frühen Morgenstunden Feuer gemeldet. Es war in einer Bäckerei eine Pfanne mit Fett in Brand geraten. Das Feuer wurde aber sofort beseitigt, so daß die Feuerwehre nicht in Thätigkeit kam.

In Haft genommen worden ist eine 32 Jahre alte Arbeiterin aus Gohlis, weil sie eine in der Werfberger Straße wohnende Witwe, bei der sie Schlafstelle bezog, um einen Gelddbetrag betrogen hat, womit sie verschwand.

Zeitgenommen wurde hier ein Einbrecher, der sich für einen in Lastrup bei Stensburg gebürtigen 19 Jahre alten Hausdiener ausgibt. Dem Verhafteten fallen eine Menge Einbruchsdiebstähle zur Last, die er in Mansfelderwohnungen verschiedener Städte Bayerns verübt hat. Es wird angenommen, daß der Einbrecher auch noch in anderen Städten aufgetreten ist. Im Besitze des Diebes wurde eine große Anzahl gestohlener Gegenstände, hauptsächlich Schmuckgegenstände, vorgefunden.

Durch Einbruchsdiebstahl wurden aus einem Restaurant der Oststraße in Lindenau außer einem Gelddbetrage 200 Stück Cigarren gestohlen.

Gemeinde-Zeitung.

Eine zweite nördliche Vorflutrinne ist projektiert, die sich von der Märlanstraße bis zur Schönefelder Grenze bei Gutrieb erstrecken soll. Ihre Kosten sind auf 1 500 000 M. veranschlagt. Der Bau der Rinne soll sich auf fünf Jahre verteilen, doch soll bereits in diesem Jahre mit dem Bau begonnen werden, damit bei Veränderung der Viadulle an der Berliner Straße und am Pföfener Weg durch die Centralbahnpostbahnen der neue Schlenkenkanal an den betreffenden Stellen gleich mit eingebaut werden kann.

Die Pleiße am Rosenthal soll zwischen dem Garnisonlazarett und der Waldstraße in Gohlis gerade gelegt werden. Die Kosten sind auf etwa 50 000 M. veranschlagt worden. Die Verabfolgung wird eine vorteilhafte Ausnutzung des der Stadt gebührenden Wiesenspreises zu vorteilhaftem Ermäßiglichen und dadurch Aussicht auf Zurückhaltung der für diese Regulierung aufzuwendenden Kosten geben. Zur Ausführung der troden gelegten Flußbetriebe sollen die Bodenmassen benutzt werden, die bei den Straßenausschlachtungen auf dem Gohliser Exercierplatz gewonnen werden.

Städteritz. Dienstag den 11. Februar abends 8 Uhr findet eine öffentliche Gemeindeversammlung statt. Die 7 Punkte umfassende Tagesordnung betrifft Eingaben, Bauwesen, Anschaffungen, Berichte etc.

Aus dem 11. sächsischen Reichstagswahlkreise.

Burg, 9. Februar. r. Um Stellung zur Frage des Volkstaxi zu nehmen, hatten sich Donnerstag abend zahlreich die hiesigen Frauen in Stadt Wien eingefunden. Die Versammlung zählte 125 Personen, darunter reichlich 100 Frauen und Arbeiterinnen. Den Vortrag hielt Frau Wilm. Käbeler aus Witten über die Einwirkung der schlechten Zeiten auf das Familienleben und die Verteuerung des täglichen Brotes. Die Rednerin sprach fast 1 1/2 Stunde unter großer Aufmerksamkeit der Zuhörer. Den großen Teil der Rede widmete die Referentin den Witwen, denen eine treffende, durchaus sachliche, oft von der Versammlung mit Beifall beschriebe Würdigung zu teil wurde. Die Rednerin forderte zum Anschluß an die gewerkschaftliche Organisation und zur Teilnahme an politischen Kampf auf. In der Diskussion sprach Genosse Mucker. Er forderte die Frauen auf, ihre Männer zur Erwerbung des Bürgerrechts anzuspornen. Nach dem Schlußwort der Referentin fand folgende Resolution einstimmige Annahme: Die heute in Burg stattfindende Frauenversammlung protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die Absichten der Regierung, welche dahin gehen, der Arbeiterklasse durch hohe Bälle das tägliche Brot noch mehr zu verteuern. Die versammelten Frauen sprechen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion ihren Dank aus und erheben dieselbe, alle zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden, um den Volkstaxi zu Fall zu bringen. — Eine zum Schluß vorgenommene freiwillige Teller-Sammlung ergab einen Beitrag zur Deckung der Unkosten dieser Versammlung.

Grimma, 10. Februar.

Wer zahlt die Kosten? Bei dem noch in aller Erinnerung stehenden Brunnengeld in Grimma im Oktober vorigen Jahres wurde zur Errettung des verfallenen Brunnens der Thiele von der Stadt Grimma die Summe von 1501,25 M. verausgabt. Zur Deckung dieser Summe, mit Ausnahme von 74,50 M., welche für die Rettungsmannschaft gespendetes Freibier, Telegramme etc. Verwendung fanden und durch die Stadtkasse getragen werden sollen, hat sich die Stadtkasse an den Vater des damals Verschütteten, den Brunnensbauer Thiele sen. in Wilsdorf als Unternehmer des Baues gewendet. Dieser jedoch lehnte jede Bezahlung der entstandenen Kosten ab. Vom Rate sowohl als auch seitens der Stadtverwaltung wurde, nach einer Mitteilung des Leipziger Tagblattes, beschlossen, gegen Thiele wegen Zahlung der entstandenen Kosten den Klagenweg zu beschreiten. In Betracht zu ziehen ist allerdings, daß Thiele sen. sich sofort nach Eintreffen des zur Rettung herangezogenen Blomkerkommis nach Grimma begeben und ausgesprochen, jedoch war es Sache der Polizeiverwaltung der Stadt Grimma, damals alles aufzubieten, was zur schleunigen Rettung des Verschütteten dienen konnte.

Dösa, 10. Februar.

n. Volksversammlung. Am Sonntag abend tagte im Deutschen Hause eine ausgedehnte Volksversammlung, in welcher Genosse Mühlh. Chemnitz über den Kampf der Weltanschauung in der Volksschule sprach. Vor Beginn auf das Thema sagte Mühlh.: Birta 7 Jahre sind verflossen, seitdem ich als angehender Volkserzieher das hiesige Seminar verließ und abnte damals nicht, daß ich dieses „lebe“ Stadium als sozialdemokratischer Redakteur wiedersehen würde. Es freut mich, in dieser Eigenschaft zu Ihnen sprechen zu können und ich bin stolz darauf, der Partei der Wahrheit und Gerechtigkeit anzugehören. In seinem interessanten 1 1/2 stündigen Vortrage zeigte Redner den Unterschied der zwei sich schroff gegenüberstehenden Weltanschauungen. Hier Schöpfung, dort Entzückung.

Zu einer allgemeinen Bestimmung für preussische Volksschulen von 1872 heißt es, daß in jeder Volksschule eine Wandkarte von Palästina, eine Bibel und ein Gesangbuch vorhanden sein muß. Aus mehreren Lehrplänen geht hervor, daß in manchen Gegenden circa die Hälfte der Unterrichtsstunden auf Religion verwendet wird. Trennung der Kirche vom Staate und der Schule von der Kirche sind die zu erstrebenden Ziele nach dieser Richtung. Hierauf unterzog Redner die Zustände am hiesigen Seminar einer scharfen Kritik. Zum Schluß forderte er die Anwesenden auf, die Organisationsfragen zu stärken. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen. Nachdem der Vorsitzende Genosse Stephan zum Beitritt im Wahlverein und zur Unterstützung der Leipziger Volkszeitung aufgefordert hatte, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Vereine und Versammlungen.

Versammlung der Holzarbeiter.

Die am 8. Februar abgehaltene Mitgliederversammlung der Holzarbeiter beschäftigte sich mit der Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dunder über Maxim Gorki, ein Dichter des russischen Proletariats. 2. Antrag der Lokalverwaltung betr. die Unterstützung der von Müller und von Schönbach noch ausgesperrten Mitglieder. 3. Bericht der Delegierten von der Gauskonferenz in Grimma. 4. Verbandsangelegenheit. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Ableben des Kollegen Sillor in der üblichen Weise. Nach dem Vortrag über Maxim Gorki, der beifällig aufgenommen wurde, berichtete der Vorsitzende, daß der Hauptvorstand die weitere Unterstützung der bei den Firmen Müller und Schönbach noch ausgesperrten versagt habe. Die Lokalverwaltung habe aber aus dem Unterstützungsfonds diese drei Wochen die Verheirateten mit 12 M., die noch nicht verheirateten Kollegen mit 10 M. weiter unterstützt und nun stelle die Lokalverwaltung folgenden Antrag: Nachdem seitens des Hauptvorstandes die Unterstützung für die noch ausständigen Kollegen der Firmen Schönbach und Müller am 30. Januar der Lokalverwaltung entzogen hat, ersucht dieselbe die Mitgliederversammlung, nachfolgenden Sägen von 10 bis 12 M. aus dem Unterstützungsfonds zuzustimmen und zwar nur bis zum 28. Februar 1902. Nach eingehender Erörterung dieser Angelegenheit, woran sich verschiedene noch ausgesperrte Kollegen beteiligten und um weitere Unterstützung baten, wurde dem Antrag gegen wenige Stimmen zugestimmt. Der 3. Punkt wurde, weil seitens der Bauverwaltung noch kein gedruckter Geschäftsbericht vorliege, sowie wegen vorgerückter Zeit vertagt. Unter Gewerkschaftlichen teilte der Vorsitzende noch mit, daß für die nächste Zeit der Besuch des Jander-Instituts sowie des Zoologischen Instituts in Aussicht genommen sei; auch finde wieder ein Bildervortrag von Gen. Raude am 16. März im Felsenkeller statt. Nach Aufforderung zur regen Beteiligung an der Wahl der Ortskrankenkassenvertreter mit der Hilfe des Gewerkschaftsartells wurde die Versammlung geschlossen.

Eine Versammlung der in Chromo- und Puntpapierfabriken Beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

fand am 7. Februar mit der Tagesordnung: 1. Welchen Zweck hat die Gewerkschaftsorganisation; 2. Die Vorkommnisse in der Puntpapierfabrik von Heilmann, früher Neuer u. Comp., statt. Kollege Lohr i wies in treffender Weise auf den Nutzen, den die Arbeiter und Arbeiterinnen durch die Organisation haben, wenn sie sich derselben einmütig anschließen, hin. Er wies auf einen Artikel des bekannten Pariser Flüglers über das Thema: Wie organisieren wir uns? hin. Welchen Beifall fanden seine Worte. Der Aufforderung, dem Verband sich anzuschließen, kamen viele Anwesende nach. Kollege Böhl bringt dann die Mißstände, die bei Heilmann (früher Neuer u. Comp.) bestehen, zur Sprache und kritisiert das Vorgehen des Herrn Heilmann in scharfen Worten. Anwesende Arbeiter der Firma bestätigen das Gesagte. Die Arbeitsordnung wurde mit einem Stüd aus dem Justizhausgesetz verglichen und das mit Recht. Einige Beispiele seien hier angeführt. Geldstrafen bis zur Höhe eines halben Tageslohnes treten ein: bei Fortbleiben von der Arbeit, nachlässiger Maschinenbedienung, leichtfertiger Veranlassung von Feuergefahr etc. (Herr Heilmann als Chef raucht aber in der Fabrik.) Was zur Höhe eines ganzen Tageslohnes bei Verstößen gegen die guten Sitten, Verstöße gegen die Aufrechterhaltung des Betriebes. Diese in der Masse stehenden Strafgelder werden zum Wohl der Arbeiter verwendet. Bis jetzt sind aber noch keine Gelder aus der Strafkasse verwendet worden, auch keine Abrechnung ist gegeben worden. Ein Arbeiterauschuss besteht nicht. Bei Übernahme des Geschäftes durch Herrn Heilmann fragte er die Arbeiter, ob Agitatoren unter ihnen seien; er könne dieselben nicht gebrauchen, da er die Sozialdemokraten nicht leiden könnte. Als aber die Arbeiter sich solidarisch erklärten und ihre Kündigung einreichen, sollte die Leipziger Volkszeitung ihm aus der Tasche helfen. Es ist ihm aber nicht gelungen. Herr Heilmann meint, wenn nicht die Leipziger Arbeiter in Stille lassen, hole ich mir solche von Werfberg. Wir wollen ihm nur mitteilen, daß auch in Werfberg eine Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes besteht und daß die dortigen Kollegen schwerlich die ihnen von Herrn Heilmann zugedachte Rolle übernehmen werden. Für den Herr Heilmann die Arbeit besorgt, braucht ihm wohl kaum gesagt zu werden. Was jahrelange Agitation nicht vermochte, hat mit einem Schlage das forche Auftreten des Herrn Heilmann vollbracht. An alle Arbeiter und Arbeiterinnen in den Papierfabriken richten wir den Ruf: Organisiert Euch! Denn was sich Herr Heilmann erlaubt, kann heute oder morgen ein anderer Chef sich auch erlauben. Schließt Euch dem Verband der Fabrikarbeiter und Arbeiterinnen an!

Der Krieg in Südafrika.

Krönungsfeier und Burenkrieg.

In Londoner Hofkreisen rechnet man ernstlich mit der Erentualität einer Verklebung der auf den 26. angefesten Krönungsfeier mit Rücksicht auf die zunehmende Ausbreitung der Pocken. Den amtlichen Kreisen kommt diese Beforgnis nicht ganz ungelogen. Denn trotz der gewaltigen Ausdehnung des Blockhausystems ist nach einem Telegramm aus Kapstadt es nicht möglich, auch nur einen Bezirk von der Größe der Grafschaft York als auf die Dauer vom Feinde gekäubert zu betrachten. Auch selbst die Gefangennahme eines Dewet und

Botha und der anderen Burengenerale würde keinen Einfluß auf den Fortgang des Krieges haben. Dieses Telegramm giebt auch die Auffassung des britischen Hauptquartiers wieder. In amtlichen Kreisen weiß man, daß der Krieg erheblich länger dauern könnte und es werde die Krönungsfeier deshalb nicht verschoben werden. Weil man aber wünscht, daß an diesem Tage die Waffen zur Ruhe gekommen sind, werden die Pocken deshalb vorgezogen.

Briefkasten der Redaktion.

B., B. und C., C. Die Unterstützungsgesuche zum Gebrauche sächsischer und böhmischer Heilquellen sowie von Luftkurorten sind bis zum 15. März d. J. bei dem Ministerium des Innern, 4. Abteilung, einzureichen. Zum Gebrauche des Bades Ester können vom Ministerium bedürftige Personen durch: 1. Selbsthilffischen, mit deren Bewilligung auch der Genuß freier Bades auf die Dauer von vier Wochen, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurtagte verbunden ist, 2. bloß Bewilligung freier Bades auf die Dauer von vier Wochen, freie ärztliche Behandlung und Befreiung von der Kurtagte unterliegt werden. Die Bewilligung der Vergünstigungen ist an die Bedingung gebunden, daß die Kur entweder in der Zeit vom 1. Mai bis 10. Juni, oder vom 20. August bis Ende September vorgenommen wird. Zu diebezüglichen Besuchen ist anzugeben, um welche von den Vergünstigungen unter 1 und 2 nachgesucht wird. Beigefügt muß werden: a) ein von einem approbierten Arzte ausgestelltes Krankheitszeugnis, zu welchem jedoch ausschließlich das von den Bezirkärzten oder von der Badebekräftigung zu Bad Ester zu beziehende Formular zu verwenden ist, b) eine Mitteilung über die Staatsangehörigkeit, c) ein obrigkeitliches, die Angabe des Alters und der Familienverhältnisse des Kranken enthaltendes Zeugnis, aus dem hervorgeht, daß der oder die Kranke nicht in der Lage ist, die Kosten der ärztlich verordneten Kur in Bad Ester ohne besondere Unterstützung zu bestreiten.

Tapetzer. Solche Warnungen lagern bei uns bereits eine größere Anzahl. Sie gehen von den verschiedensten Berufen aus. Da jede Begünstigung der einen Branche eine Benachteiligung der anderen bedeutet, stehen wir es vor, keine dieser Warnungen zum Abdruck zu bringen.

H., H. Kleinschöcker. Der Abdruck des letzten Berichtes hat sich wegen riesigen Stoffandranges und aus anderen Gründen verzögert. Von acht Tagen kann aber keine Rede sein, da der Bericht erst Mitte der Woche bei uns eintraf.

H., H. Ueber Versammlungen der einzelnen Krankenkassen berichten wir nicht.

Ankunft in Rechtsfragen.

1000 R. R. Bewirken Sie durch Klage beim Gewerbeamt ein vollstreckbares Urteil. Mit dem Erlöse bei der Zwangsversteigerung sind zunächst die Hypothekengläubiger zu befriedigen. O. G. Für eine Beschädigung, die nicht nur als Unubung durch ordnungsgemäßen Gebrauch anzusehen ist, sind Sie Schadenerschaftpflichtig. H. R. 100. Die Erteilung ärztlichen Rates erfolgt nicht. Wenden Sie sich direkt an einen Arzt. H. G. 2. Sie können sich zu der Privatklage ein Armutzeugnis beschaffen und bei Gericht die Zuweisung eines Rechtsanwalts beantragen. Sie müssen selbst auf das Armenamt, ebenso auf das Gericht, wo Sie die Klage zu Protokoll des Gerichtsschreibers geben können. H. 1. Wenn Sie die vom Armenamt gegebenen Verträge nicht zurückzahlen, verlieren Sie das Wahlrecht. Auch werden Sie geurteilt werden können, wenigstens zum Unterhalte beizutragen.

Versammlungskalender.

Dienstag: Schneider, Restaurant National, Ploßberg, Abends 7 1/2 Uhr. Klempner, Gubiger Hof, Windmühlstraße, Abends 7 1/2 Uhr. Mittwoch: Waldreiter Leipzig-Stadt, öffentliche Versammlung, Ploßberg, Windmühlstraße, Abends 7 1/2 Uhr.

Theatervorstellungen.

Neues Theater.

Dienstag den 11. Februar: 40. Abonn.-Vorstellung (4. Serie, Braun): Nacht und Morgen. Schauspiel in 4 Akten von Paul Lindau. Regie: Ober-Regisseur Adler. Die Handlung spielt in Berlin und in der Gegenwart an drei aufeinander folgenden Tagen. Nach dem 8. Akt findet eine längere Pause statt. Einlaß 7/2 Uhr, Anfang 7 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Schausp.-Preise. Spielplan: Mittwoch: Tristan und Isolde. Anfang 8 Uhr. — Donnerstag: Maria Magdalena, Anfang 7 Uhr. — Freitag: Der Barbier von Sevilla, Anfang 7 Uhr. — Sonnabend: Zum erstenmal: Drestes, Anfang 7 Uhr.

Altes Theater.

Dienstag den 11. Februar: Jabwiga. Operette in 3 Akten frei nach Scire von F. Sirkberger und Robert Wolf. Musik von Rudolf Dellinger. Einlaß 7/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende nach 10 Uhr. Schausp.-Preise. Spielplan: Mittwoch: Witt und Fog (14. vollständige Vorstellung zu halben Preisen), Anfang 7 Uhr. — Donnerstag: Jabwiga, Anfang 7 1/2 Uhr. — Freitag: Alt-Helberg, Anfang 7 1/2 Uhr. — Sonnabend: Fischmann als Erzähler, Anfang 7 1/2 Uhr.

Carola-Theater.

Dienstag den 11. Februar: XVI. Akademischer Theaterabend, Weda. Trauerspiel in 4 Akten von Franz Grillparzer. In Scene gesetzt von Arthur v. Gersdorff. Einlaß 7/2 Uhr, Anfang 7 1/2 Uhr. Ende gegen 10 Uhr. Erhöhte Preise.

Küchenzettel der städtischen Speiseanstalten.

Mittwoch: Speiseanstalt I (Johannisplatz): Rastoffstüdchen u. Wöhren mit Schweinefleisch. Speiseanstalt II (Rosentalgasse): Kartoffelstüdchen mit Schöpfkellefleisch.

Käufe und Verkäufe.

Nähmaschinen

von Pfaff, sowie Seldel & Nammann sind die besten Fabrikate. Bringmaschinen mit besten starken Gummiwalzen. Lager aller Zubehörteile. Reparaturwerkstätten für Nähmaschinen u. Fahrräder aller Fabrikate. Günstige Teilzahlungsbedingungen. Unterrichts in der Kunstschneiderei etc. Wilhelm Frenzel 1. Gesoh.: L.-Neustadt, Eisenbahnstr. 31. 2. Gesoh.: Leipzig, Zeltzer Strasse 31. Ottom. 25. Bettst. u. Matr. 16 A. Scharfe, Weitzo billig. Puzgier, 9, 1. Gerrenanzüge 20 M., Buschenanzüge 15 M., wdh. M. Reudn, Kapellenstr. 8.

Gebr. Singer-Nähmaschinen

von 15 M. an. Reparatur u. Ersatzteile billig. Altknert. b. Original-Victoria. Lehrkurse in der modernen Kunstschneiderei. H. Schubo, Petersstraße 34, im Hof. Dauerhafte Bettstellen mit guten Sprungfedern matragen (beste Arbeit) 26 M. (518 Dresdenener Straße 23, Seitengeb. I. G. Böholm, Tapetier, (vis-à-vis Pantheon). Guterhaltene Reisemuster in Sweaters giebt unter Verstellungspreis ab die Fabrik Weitzstr. 67, pt. In Mannsärden b. Sid. schon v. 1.25 A anfang. F. Vereine Extrapr. Anhang! Familienärzten werden ausgegeben Selterhausen, Gartenkolonie Schö. Zu erfragen bei G. Barth, S. Seltershausen, Grenzstraße 14, II. Neuen. gebr. Mdb. Federb. Wäsche, Kleider u. Schuhw. sportb. Ritzig, Albertstr. 17, Laden Umzugsb. v. Ost. Zeit. Schlafsofa, Kleider, Brotkorb, Ottomane b. Li, Lindenstr. 12, pt.

Gaud. u. Geschäftsw. v. d. Neuch. Nr. 67

Ein Sofa für zu verkaufen Lauchner Str. 34, IV. 1. Gebrauchte Fahrräder billig. Sommerlaite, Waisendorfer Straße 13. Guterh. Kinderwagen u. 8 stückiger Vogelbauer b. u. verl. Lind., Weitzstr. 80, I. r. Versteßb. Kinderstuhl, Kinder- u. Gartenstuhl u. verl. Schönel., Seltensstr. 15, I. Singermaschine für 26 A zu verkaufen Lindenau, Gartenstr. 22, im Laden. Fast neuer Gebroch-Wagen (H. Finur) bill. zu verkaufen Ploßberg, Mühlentstr. 44, I. L. Guterhaltene Winterjacke billig zu verkaufen Wilsdorfstr. 47, IV. R. 3 Jahrgänge Buch für alle billig zu verkaufen Bergstr. 14, pt. Guterh. Wohnungsbaur. aus Ploßberg zu kauf. gel. Türe, Treppenabst. 273, IV. 1. Sucht-Enten werden preiswert zu kaufen gesucht. Off. erb. u. M. P. postl. Modau.

Wohnungsanzeigen.

Gohlis, Range Str. 39 jedn. Wohnung, 2 St., R., R., 2. 1. Upr. f. 800 A zu verm. Kl. Logis sofort für 2 Monate zu verm. Neuhadt, Marianneustr. 46. Stube, Kammer, Kell. u. Bodenst. 1. März zu verm. Kleinschöcker, Ploßbergstr. 2a, II. Große leere Stube zu vermieten. Großschöcker, Hauptstr. 115, II. L. Leere Stube mit Ofen an eine Person zu verm. Lindenau, Marlenestr. 9, 5 I. 1. Große leere Stube sofort zu vermieten. Meud. b. Wabelshäuserstr. 2, III. 1. Leere heizbare Stube zu vermieten. Anger, Weitzstr. 5, IV. r. Frdl. Schlafstelle f. 2 auf. H. zu verm. Sa. Bienenl. Sofa. Br. m. Raff. u. Pr. 2.50 A v. v. Bote. Lind., Rast. Heine Str. 84, III. r. Frdl. Schlafstelle zum 28. Februar in Borort gesucht. Offerten unter M. in die Exp. d. Bl.

Frdl. Zimmer als Schlafst. (sof. g. um.

Anger, Zweimäandorfer Str. 28, r. II. r. Leere Stfr. Stube 1. März an vsh. Leute zu verm. Ploßberg, Weitzstr. 88, II. r. Gr. leere Stfr. Stube m. Kochofen an einz. Pers. g. verm. Ploßberg, Weitzstr. 16, III. r. Leere Stube per 1. März zu vermieten. Gebastian Bach-Str. 8, Hof IV. r. Leere Stube mit Kochof. od. Schlafstelle Leuph. Flemmingstr. 1, pt. r. Frdl. sep. Schlafstelle f. 1 od. 2 Herrn zu verm. Weitzstr. 88, II. r. 2 Schlafstellen zu verm. (Stfr. Stube). Kleinschöcker, Ploßbergstr. 80, pt. Schlafstelle für Wochen zu vermieten. Kleinschöcker, Rudolfstr. 84, II. r. Weitzstr. part., hell, helz, sof. zu verm. Marianneustr. 60. Zu erfragen G. Stage. Fam.-Wohnung, 2-3 B. m. Zubeh., pt. od. 1. Et. 1. Upr. gef. Br. Garten bebauung, Off. m. Pr. an Oblet, R., Kronprinzstr. 8, II.